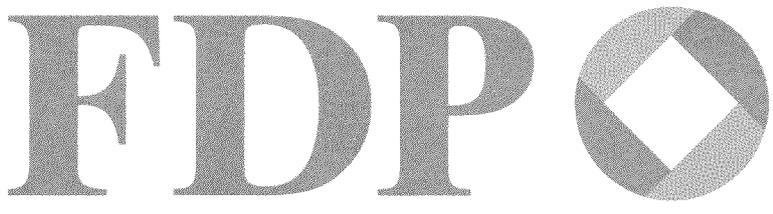


CH

10563

AZB
3001 Bern

Schweizer Freisinn



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herr
Franz Georg Meier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Nr. 4 27. April 2005

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

DV Mendrisio
Ja zum Partnerschaftsgesetz. **6/7**



Liberalismus
Bundesrat Hans-Rudolf Merz über Grundsätze. **8/9**



40 Tage FDP-Präsident
Fulvio Pelli zu den Perspektiven der FDP. **10**

Auslandsschweizerpreis
Prof. Thomas Straubhaar in Basel geehrt. **12/13**

Anzeige

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder rechtsanwälte

Schengen und Dublin

Die Vorteile liegen auf der Hand

Wenn es zwei klassische Politikbereiche gibt, die von einem kleinen Land mitten in Europa nicht im Alleingang zu bewältigen sind, dann sind das die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Asylmissbrauchs. Mit der Zustimmung zu Schengen/Dublin können wir diese Herausforderungen in Europa gemeinsam meistern, ohne der EU beitreten zu müssen.

Von Peter Briner, Ständerat, Schaffhausen

Mit Schengen hat die Schweiz vollen Zugang zur Datenbank des Schengener Informationssystems SIS. Das bedeutet rund um die Uhr direkten Online-Zugang zu über elf Millionen Daten über gesuchte Schwerverbrecher, vermisste Personen und gestohlene Fahrzeuge, Waffen oder Ausweise. Heute fehlt unseren Polizisten und Grenzwachern oft die nötige Information, dass bestimmte Personen kriminell sind und europaweit gesucht werden. Die Schweiz droht damit zum Schlupfloch für Straftäter aller Art zu werden.

Gegen Kriminalität

Mit Schengen kann unsere Polizei innert weniger Minuten verdächtige Personen oder gestohlene Güter europaweit ausschreiben.

Das SIS-Fahndungssystem ist ein unverzichtbares Instrument im Kampf gegen grenzüberschreitendes Verbrechen wie z. B. Schleppertum, Drogen-, Menschen- und Waffenhandel. Der Zugang zu diesem modernen Fahndungssystem erhöht unsere Sicherheit. In Deutschland hat sich der Fahndungserfolg damit vervierfacht!

An unserer Grenze wird sich für den Bürger und die Bürgerin praktisch nichts ändern. Die Schweiz ist nicht Mitglied einer Zollunion mit der EU. Das heisst, dass an unserer Grenze weiterhin Warenkontrollen durchgeführt werden. Bei Verdachtsmomenten kann der Grenzwachter auch mit Schengen jederzeit die Identität der Personen überprüfen. Von den täglich 700 000 Grenzübertritten werden schon heute nur etwa drei



Peter Briner

Prozent genau kontrolliert. Die wirksameren mobilen Kontrollen im Grenzraum werden hingegen verstärkt.

Gegen Asylmissbrauch

Mit Dublin können Asylsuchende in der ganzen EU inklusive Norwegen und Island nur ein einziges Asylgesuch stellen. Wird dieses abgelehnt, ist die Schweiz heute das einzige Land, in dem Zweit- oder Mehrfachgesuche nicht identifiziert werden. Dies, weil wir ohne die Teilnahme an Schengen/Dublin keinen Zugriff auf die Fingerabdruck-Datenbank EURODAC haben. Die Schweiz wird so zum Anziehungspunkt für abgewiesene Asylbewerber. Das

wollen wir nicht. Mit einer Zustimmung zum Abkommen kann die Anzahl Gesuche voraussichtlich um rund 20 Prozent reduziert werden, was zu jährlichen Einsparungen in der Bundeskasse von gegen 100 Millionen Franken führt.

Souveränität gewährleistet

Entgegen anders lautenden Behauptungen hat Schengen/Dublin keinen Einfluss auf die Souveränität unseres Landes. Unsere Unabhängigkeit bleibt gewährleistet. Der Schengen/Dublin-Besitzstand wird sich nur in beschränktem Umfang weiterentwickeln, und bei jeder Anpassung kann die Schweiz mitreden. Parlament und Volk haben das letzte Wort. Unser Bankkundengeheimnis ist vertraglich gesichert. Auch unsere Waffentradition bleibt unangetastet. Die Dienstwaffe darf weiterhin nach Hause genommen werden. Jäger und Sportschützen können wie heute ungehindert ihrem Hobby nachgehen. Die Gestaltung des Schweizer Asylrechts und

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

unseres Polizeiwesens bleibt in unseren Händen.

Wirtschaftsstandort gestärkt

Erhöhte Sicherheit steigert die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts. Das

kommt der Volkswirtschaft zugute. Der Tourismus und der Finanzplatz profitieren direkt von den Abkommen. Dank dem Schengen-Visum für Kurzaufenthalter werden mehr Touristen aus Wachstumsmärkten wie Asien in die Schweiz kommen. Heute sind wir eines

der wenigen Länder in Europa, für die Geschäftsreisende und Touristen ein separates Visum benötigen. Gleichzeitig ermöglicht Schengen, dass in der Schweiz unerwünschte Personen für ganz Westeuropa kein Einreisevisum erhalten. Für den Finanzplatz

ist wichtig, dass mit Schengen unser Bankkundengeheimnis erstmals in einem Staatsvertrag indirekte Anerkennung findet und somit langfristig gesichert ist.

Die Vorteile einer Assoziierung mit Schengen/Dublin liegen auf der Hand. Sie

sind klar im Landesinteresse. Eine Ablehnung der Abkommen hätte die fatale Folge, dass unsere Landesgrenze «gewollt» zur Schengen-Aussengrenze würde – mit allen Schikanen und Abhängigkeiten von der EU. Für mich ein unvorstellbares Szenario! ■

Swiss – eine Perspektive für die Zukunft

FDP verlangt allerdings Nachbesserungen

Sowohl Arbeitnehmende als auch Schweizer Flugpassagiere erhalten mit dem Einbezug der Swiss ins Lufthansa-Netzwerk eine Perspektive. Dem Swiss-Verwaltungsrat ist es leider nicht gelungen, ernsthafte Alternativen zur Übernahme durch Lufthansa zu verhandeln. Dies führte zu einem Verkauf unter Wert. Nachbesserungen sind deshalb notwendig.



Positiv ist festzustellen, dass die investierten Mittel nun eine Perspektive ermöglichen, welche sowohl für Angestellte als auch für Passagiere interessant sein kann. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten können nun von einem weltweiten Airline-Netzwerk profitieren. Die anstehenden Investitionen sind zusammen mit Lufthansa eher zu finanzieren als bei einem Alleingang. Zudem wird die Existenz eines entwicklungsfähigen Flughafens ermöglicht. Ob die Swiss innerhalb der Lufthansa-Gruppe Erfolg haben und damit auch möglichst viele Direktflüge aus der Schweiz anbieten

wird, hängt einerseits davon ab, ob sie gut arbeitet, und andererseits ist die Stärke des Wirtschaftsstandortes Schweiz entscheidend. Je besser die Wirtschaftspolitik der Schweiz, desto eher werden weiterhin gute Direktanbindungen Bestand haben und neue dazukommen. Die Politik steht künftig noch stärker in der Pflicht, günstige Rahmenbedingungen für Wirt-

schaftswachstum bereitzustellen – die Sicherung der bilateralen Verträge am 5. Juni und 25. September ist ein Muss.

Nach ersten Sanierungserfolgen ist es dem Swiss-Verwaltungsrat nicht gelungen, ernsthafte Alternativen zur Übernahme durch Lufthansa zu verhandeln. Dies ist bedauerlich, denn mit einer ernsthaften Prüfung mehrerer Alternativen wäre auch die Verhand-

lungsposition gestärkt worden. Mit dem jetzigen Vorgehen setzte der Swiss-Verwaltungsrat die Politik – und namentlich den zuständigen Gesamtbunderrat – unter Druck. Die Folge dieser Managementleistung ist ein Verkauf der Swiss unter Wert ohne Investitionsverpflichtungen seitens der Lufthansa und auch ohne Garantien in Bezug auf Direktanbindungen der Schweiz. Nun gilt es,

Lufthansa für die abgegebenen Versprechungen in die Pflicht zu nehmen. Zudem sind die Verträge bei der konkreten Ausgestaltung im Sinne des Wirtschaftsstandortes Schweiz entsprechend nachzubessern.

Die FDP wird die weitere Entwicklung der Schweizer Luftfahrt mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen. ■

Der souveräne Auftritt à la Lilienberg

FDP-Frauen aus sechs Kantonen nahmen an einem Seminar teil

Bei herrlichem Sonnenschein trafen sich am 18. März engagierte Frauen aus den Kantonen Thurgau, Zürich, Glarus, Uri, St. Gallen und Aargau zu einer zweitägigen Weiterbildung auf dem Lilienberg im thurgauischen Ermatingen.

Von Maya Looser,
Präsidentin FDP Frauen
Thurgau, Frauenfeld TG

Das Unternehmerforum Lilienberg und seine einzigartige Umgebung bildeten den idealen Rahmen, um den idealen Rahmen, um sich offen und mit der erforderlichen Musse dem Thema «Der souveräne Auftritt» zu stellen. Eingeladen hatten die beiden Kantonalpräsidentinnen Barbara Angelsberger, FDP-Frauen Zürich, und Maya Looser, FDP-Frauen Thurgau. Catherine Favrod-André führte als Moderatorin mit viel

Geschick durch den Anlass.

Gute Vorbereitung und das klare Ziel vor Augen, was man dem Publikum mitteilen wolle und wie man dies am wirkungsvollsten erreiche, seien für einen souveränen Auftritt unerlässlich, so Favrod. Wie man dies verinnerlicht und wie man in Notfällen reagiert, wie man Stärken ausbaut und Schwächen eliminiert oder auch akzeptiert, waren Themen des ersten Tages. Auch etwas mehr Biss in den Reden sei wünschenswert. Catherine Favrod zog hier einen einprägsamen Vergleich mit der Tollkirsche «Belladonna», die in Mengen genossen zum sicheren Tod führt, aber gut dosiert eine heilsame Wirkung hervorbringt.

Mit Marianne Kleiner...

Als ersten Gast durften wir Marianne Kleiner, National-

rätin und Vizepräsidentin der FDP Schweiz, willkommen heissen. Sie erzählte in äusserst erfrischender Art aus ihrer Zeit als Regierungsrätin im Kanton Appenzell Ausserrhoden, aus dem Nationalrat und aus ihrem Amt als Interimspräsidentin der FDP Schweiz. Ängste abbauen, Stärken zeigen und authentisch bleiben seien drei wichtige Standbeine, um heikle und schwierige Momente auf der Politbühne und im Leben durchzustehen. Die gute Zusammenarbeit mit den Medien verhalf ihr zu genauen und präzisen Aussagen zum Wohl der Parteiziele. Sie lobte auch die sehr gute Zusammenarbeit mit dem neuen Parteipräsidenten Fulvio Pelli. Die Arbeit sei effizient und auf gutem Weg. Die Zeit war schnell um, und nur ungern entliessen wir Marianne Kleiner zu ihrem nächsten Termin. Wahrlich eine Frau mit Überzeugung, Charme, Biss und Ehrlichkeit.

Alle Diskussionen und Anregungen wurden am Abend beim herrlichen Nachtessen im historischen Restaurant Adler weiterbesprochen.

...und Ernst Mühlemann

Nach kurzem Schlaf – aber gut gelaunt – trafen wir uns am Samstagmorgen mit unserem zweiten Gast, alt Nationalrat Ernst Mühlemann. Sein Thema («Die Kunst des freien Redens») hätte ohne Weiteres bis in die Mittagsstunden dauern



Alle Teilnehmerinnen genossen auch das Frühlingswetter im grosszügigen Garten des Schlosses Lilienberg.

dürfen. Absolut brillant, mit viel Witz und einer unglaublichen Lebenserfahrung erzählte Ernst Mühlemann «sans papier» von seinen Erlebnissen.

Jeder habe eigene Erfahrungen, und man solle den Mut haben, seine Meinung zu sagen und nicht zum Sprachrohr irgendwelcher Politiker oder Journalisten zu werden. Man müsse ebenfalls den Mut haben, an die Quelle zu kommen und gegen den Strom zu schwimmen. Auch der persönliche Augenschein sei wichtig, so Mühlemann, bevor eine Sache angegangen werden könne.

Äusserst motiviert durch seine Inputs, entliessen wir Ernst Mühlemann mit herzlichem Applaus in den sonnigen Samstagmorgen, und Catherine Favrod übernahm wieder das Zepter. Frauen hätten entschieden dazugelernt; die Frauen-

netzwerke funktionierten gut, und es brauche nicht noch stundenlangen Kaffeeklatsch, wenn man nur eine Anfrage für eine Referentin habe. Der Aufbau von Reden wurde dann gleich trainiert, und wir hatten spontan auf Fragen zu antworten oder geschickt auszuweichen.

Die zwei Tage waren ein Experiment, welches sich in jeder Hinsicht gelohnt hat. Zum Schluss wurden die Teilnehmerinnen nach ihrem Befinden und nach ihrem Bedarf an weiteren zu behandelnden Themen gefragt. Der Auftrag an Barbara Angelsberger und Maya Looser war klar: Frau wünscht sich diese Weiterbildungen auch in Zukunft, wenn möglich wieder mit unserer charmanten und sehr versierten Moderatorin Catherine Favrod-André. Bis dann auf dem Lilienberg!



Zufriedene Gesichter: (v. l. n. r.) Die Organisatorinnen Barbara Angelsberger und Maya Looser, Nationalrätin Marianne Kleiner und Moderatorin Catherine Favrod-André.

FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst arbeitet grenzüberschreitend

Präsidentin trifft ihren deutschen Kollegen in Berlin

Einmal mehr einer innovativen Idee folgend hat die Präsidentin der FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst, Susanne Bühler, im März den Schritt über die Grenze getan und ihrem deutschen Kollegen in Berlin, Lujo Fadé, eine Arbeitsvisite abgestattet. Ziel des Besuchs war es, die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszuloten.

*Von Brigitte Hofstetter,
Delegierte FDP-
Vereinigung öffentlicher
Dienst, Bern*

einen höchst informativen, stilvollen und freundlichen Empfang zu bereiten. Mit grossem Engagement organisierte er verschiedene Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern des Fraktionsbüros der deutschen FDP. Dabei stellte sich zum Erstaunen der Besucherinnen

Vor allem Lujo Fadé ist es zu verdanken, dass der Besuch zustande kam. Es gelang ihm, den beiden Schweizer Besucherinnen

nen heraus, dass die deutsche Beamtenvereinigung im Gegensatz zum schweizerischen Pendant lediglich ein loser Verband ist, in dem nach Aussage Fadés «das liberale Chaos herrscht». Entsprechend interessiert folgte man von deutscher Seite den Ausführungen von Susanne Bühler zur Organisation der Schweizer Vereinigung und insbesondere zu ihrer institutionalisierten Zusammenarbeit mit der FDP-Fraktion, die Susanne Bühler seit Übernahme des Präsidiums etabliert hat.

Auf Schweizer Seite beeindruckte demgegenüber vor allem das innerhalb der deutschen Parteien existierende Referentensystem. Die Schilderungen des Leiters des Fraktionsbüros zum Thema erweckten den Eindruck, durch dieses System lasse sich im Partei- und Polit-Alltag ein beachtlicher Grad an Professionalität und Effizienz erreichen.

Die grenzüberschreitende Expedition beschränkte sich allerdings bei weitem nicht auf politische Inhalte. Neben Kultur und Geschichte der Stadt vereinnahmte uns insbesondere der Charme des prachtvollen Opernpalais: Das Kaffeehaus mit seiner Fülle von herrlich zubereiteten Süßigkeiten liess uns zu Sünderinnen werden. Zu gern würde man wieder und wieder dort einkehren.



Susanne Bühler und Lujo Fadé vor der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Gegenseitig wurde abschliessend der Wunsch geäussert, die geknüpften Beziehungen zu vertiefen, um von Erfahrungen im Nachbarland profitieren zu können.

KURZ und *bündig*

Neugründung der jungfreisinnigen kanton zug (jfzg)

Am 15. März fand im Restaurant Kreuz in Cham die Neugründung der Jungfreisinnigen Zug statt. Mélanie Schenker wurde zur ersten Präsidentin gewählt. Etienne Schlumpf bekleidet das Amt des Vizepräsidenten, Judith Müller wurde zur Aktuarin gewählt und Marc Meier zeichnet für die Finanzen verantwortlich. Das Team wird mit Diego Banz (Programmchef) und Severin Hacker. (Internetkoordinator) vervollständigt. Der Verein war bis Ende 2000 bereits unter dem Namen «Junge Liberale» tätig, schief dann aber

mangels aktiver Mitglieder ein. Umso erfreulicher ist es, dass sich nun wieder aktive Personen gefunden haben, um im Kanton Zug jungfreisinnige Politik zu betreiben. Die Jungfreisinnigen des Kantons Zug sind die 22. Sektion der jungfreisinnigen schweiz (jfs). Damit sind die jfs in nahezu allen Kantonen vertreten. Dies ist bis heute keiner anderen Jungpartei gelungen. Der «Schweizer Jungfreisinn» wünscht den jfzg viel Erfolg bei ihrer Arbeit!

Kontakt: melanie.schenker@zug.zg.ch

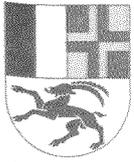
Erfolg und Niederlage

«Es gibt zwei Möglichkeiten, Karriere zu machen. Entweder leistet man wirklich etwas, oder man behauptet, etwas zu leisten. Ich rate zur ersten Methode, denn hier ist die Konkurrenz bei weitem nicht so gross.»

Danny Kaye, amerikanischer Schauspieler (1913–1987)

Graubünden

FDP-Wirtschaftsbeirat hatte konstruktive Sitzung



Kürzlich tagte der vor einem Jahr ins Leben gerufene Wirtschaftsbeirat der FDP Graubünden im Beisein von Regierungsrat Martin Schmid, Nationalrat Duri Bezzola, Parteipräsident Christian Rathgeb und Fraktionschef Rolf Hanimann in Chur. Die Tagung des FDP-Wirtschaftsbeirates stand unter der Leitung des kantonalen Gewerbedirektors Jürg Michel.

Eine grössere Anzahl KMU-Vertreterinnen und -Vertreter liessen sich in einem ersten Teil von den Parteipräsidenten über die bisherigen Aktivitäten, die sich aus den ersten Tagungen ergeben hatten, informieren. Die daraus gezogene Bilanz darf durchaus als positiv bezeichnet werden, konnten doch Anregungen und Ideen, die eingebracht wurden, als vollzogen gemeldet werden.

Später wurden die Teilnehmer des Wirtschaftsbeirates zu einer angeregten Diskussion über neue Anliegen aufgerufen, von der dann auch rege Gebrauch gemacht wurde. So kamen unter anderem folgende Punkte zur Sprache: Unterneh-

mensbesteuerung, wo dringender Handlungsbedarf herrscht. In diesem Bereich war viel Einigkeit darüber festzustellen, dass am System der Sofortabschreibungen, das leider noch bei vielen zuzugswilligen neuen Unternehmen zu wenig bekannt sei, nichts geändert werden dürfe, handle es sich dabei doch um einen einmaligen Standortvorteil, aus dem die Unternehmen in Graubünden Nutzen ziehen könnten.

Auch die Anwendung der Submissionsgesetzgebung wurde kritisiert, wo festgehalten wurde, dass der durchaus vorhandene Spielraum seitens der Vergabebehörden (Kanton und Gemeinden) nicht genügend genutzt würde. Weiter wurden die parlamentarischen Vorstösse im wirtschaftspolitischen Bereich und die Antworten der Regierung unter die Lupe genommen und Anregungen an die Politik übermittelt.

Zuletzt wurde beschlossen, dass am bisherigen halbjährlichen Tagungsrhythmus festgehalten werden soll. Man zeigte sich gewillt, auf dem bisherigen gemeinsamen Weg, Wirtschaft und Politik, weiterzumachen. ■

Bern

Rechnungsergebnis 2004 hätte Steuersenkung zugelassen



Die FDP des Kantons Bern nimmt vom Ende März präsentierten Abschluss der Staatsrechnung 2004 mit Genugtuung Kenntnis. Das positive Ergebnis macht die sture Haltung des Regierungsrats während den vergangenen Monaten in Sachen Steuersenkungen noch unverständlicher: Mit dem Ertragsüberschuss des Jahres 2004 wäre die von der FDP massgeblich unterstützte Steuersenkungsinitiative zur Hälfte und der Gegenvorschlag des Grossen Rats vollumfänglich finanziert gewesen. Die Angstmacherei des Regierungsrats wird damit definitiv als ungerechtfertigte Propaganda entlarvt.

Das Ergebnis der Staatsrechnung 2004 ist Resultat der konsequenten und be-

harrlichen Finanzpolitik der FDP – trotz des zum Teil massiven Widerstands der Linken. Für eine nachhaltig gesunde Finanz- und Ertragslage des Kantons Bern müsste der Überschuss der Staatsrechnung jedoch weit höher ausfallen. Die bernische Schuldensituation ist nach wie vor besorgniserregend und erlaubt die Abkehr von einer rigiden Finanzpolitik nicht. Damit in den kommenden Jahren die Schulden – und die Steuern! – auf ein verantwortbares Mass gesenkt werden können, sind konsequente Leistungsüberprüfungen sowie Strukturreformen in der Zentralverwaltung dringend notwendig und unerlässlich. Der positive Abschluss der Staatsrechnung 2004 bestärkt die FDP in ihrer Haltung, das Thema Steuersenkungen auf dem Tisch zu halten. ■

Aargau

Wechsel im Parteipräsidium



Die Geschäftsleitung der FDP Aargau schlägt dem Parteitag vom 26. April in Zofingen Doris Fischer-Taeschler als neue Präsidentin vor. Fischer-Taeschler soll auf den langjährigen Präsidenten Herbert H. Scholl folgen. Doris Fischer-Taeschler wohnt in Seengen und ist seit 1993 Mitglied des Grossen Rates. Seit 2001 ist sie Vizepräsidentin der FDP Aargau. Für die Geschäftsleitung ist Fischer-Taeschler die Wunschkandidatin und eine Idealbesetzung.

Aufgrund der statutarischen Amtszeitbeschränkung wird der Zofinger Grossrat Herbert H. Scholl nicht mehr für eine weitere Amtsperiode kandidieren. Die FDP durfte vom grossen Engagement und der professionellen Führung während neun Jahren profitieren.

Sollte Doris Fischer-Taeschler als Präsidentin gewählt werden, wird eines der beiden Vizepräsidentenämter frei. Die Geschäftsleitung freut sich, dass sich dafür Grossrätin Ursula Brun aus Rheinfelden zur Verfügung stellt. ■

Basel-Landschaft

FDP – Unterstützung bei Lehrstellensuche



Über 150 Baselbieter Jugendliche, die für den Sommer noch eine Lehrstelle suchen, fanden am 9. April im «Haus der Wirtschaft» Unterstützung bei einer persönlichen Lehrstellen-Gotte bzw. einem -Götti. Diese werden den jugendlichen Lehrstellensuchenden mit beratender Begleitung und mit ihrem Beziehungsnetz zur Seite stehen.

Bereits zum sechsten Mal führt die FDP Baselland ihre Aktion «Speranza» in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Baselland durch. Jugendliche, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, wurden mittels Flugblättern und Inseraten auf die Aktion aufmerksam gemacht, bei der sich Mitglieder der FDP Baselland mit ihrem Know-how und Beziehungsnetz in der Region als beratende Gotte und Göttli bei der Suche zur Verfügung stellen.

Die Bilanz von Projektleiterin Christine Mangold zeigt, dass sich dieser persönliche Einsatz von FDP-Mitgliedern lohnt. Der Aktion Speranza war in den vergangenen Jahren immer ein grosser Erfolg beschieden. Die Zeit der Stellensuche sei für Jugendliche eine grosse Herausforderung, hält die Projektleiterin fest. FDP-Politikerinnen und -Politiker wollen ihnen bei diesem wichtigen Schritt aktiv begleitend zur Seite stehen. ■

FDP stellt gesellschafts- und finanzpolitische Weichen

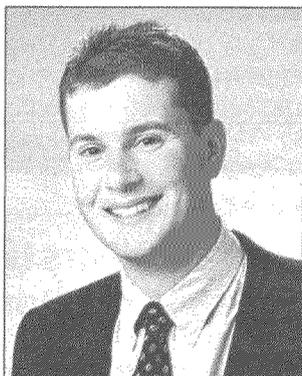
Ja zum Partnerschaftsgesetz, zu Sonntagsverkäufen und zu freisinnigem Gegenvorschlag zur Nationalbank-Initiative

An der Delegiertenversammlung in Mendrisio TI bekräftigten die Anwesenden die liberale gesellschaftspolitische Haltung der FDP Schweiz mit sehr deutlichen Ja-Parolen zum Partnerschaftsgesetz und zu den Sonntagsverkäufen in grossen Bahnhöfen. Die aus linken Kreisen stammende Nationalbank-Initiative wurde klar abgelehnt und einem freisinnigen Gegenvorschlag zugestimmt. Zudem unterstützten die Delegierten die Bildung einer Union mit der Liberalen Partei der Schweiz (LPS).

Von Nico Zila, Redaktor
«Schweizer Freisinn»,
Bern

Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz fand am 15./16. April in Mendrisio, im Südtessin, statt. Neben den obligaten statutarischen Geschäften standen die Parolenfassungen zu drei anstehenden eidgenössischen Abstimmungen und der Entscheid, ob mit der LPS eine vertiefte Partnerschaft eingegangen werden soll, auf dem Programm.

Die nicht eben von Tessiner Frühlingswetter verwöhnten Delegierten wurden zunächst durch den Bündner Nationalrat Duri Bezzola in das Themengebiet der Sonntagsverkäufe an grossen Schweizer Bahnhöfen eingeführt. Gegen diese vom Parlament beschlossene Neuerung hatten gewerkschaftliche Kreise das Referendum ergriffen. Bezzola und einige Votanten aus den Reihen der Delegierten bezeichne-



Nico Zila

ten das Referendum als Aufbäumen von Ewiggestrigen gegen gesellschaftliche Veränderungen und

als Eingriff in die persönliche Freiheit, zu jenen Zeitpunkten arbeiten und einkaufen zu können, an denen das Ausüben dieser Tätigkeiten möglich oder erwünscht ist. Einhellig beschloss die Versammlung, diesen Argumenten folgend, die Ja-Parole zum neuen Gesetz.

Gegen KOSA-Initiative

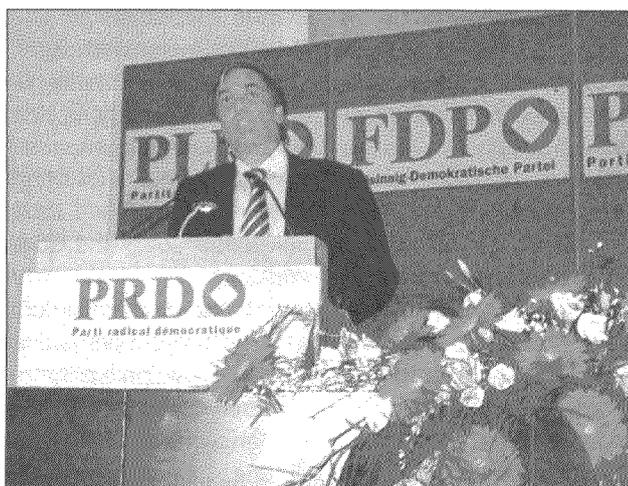
Ebenfalls am Freitagabend hatten die freisinnigen Delegierten über die Volksinitiative «Nationalbankgewinne in die AHV» zu befinden. Nationalrat Charles Favre (VD) diskutierte die Vorlage mit seinem Tessiner SP-Ratskollegen Fabio Pedrina. Die bei einer Annahme der Initiative zu befürchtende Schwächung der Unabhängigkeit der Nationalbank und verschiedene weitere ordnungspolitische Bedenken führten



Der Apéro fand im hellen Foyer der «Accademia» statt.

zu einer klaren Nein-Parole (145:2 Stimmen). Auf deutlich mehr Gegenliebe stiess in einer anschließenden Diskussion der von Parteipräsident Fulvio Pelli lancierte Gegenvorschlag zur Volksinitiative. Bei einem vorzüglichen Nachtessen in der alten Markthalle von Mendrisio

wurde der erste Versammlungstag kulinarisch und gesellschaftlich abgerundet. Am Samstagvormittag wurden die Delegierten von der FDP-Vizepräsidentin und Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni begrüsst und widmeten sich dann in der nötigen Kürze



Gabriele Gendotti, Tessiner FDP-Regierungsrat, begrüsst die Delegierten zu Beginn der Versammlung am Freitag.



Mit Überzeugung zeigte Nationalrat Didier Burkhalter (NE) die Vorteile der Union der Freisinnigen und Liberalen auf.

Abstimmungsparolen

- Sonntagsverkäufe an grossen Bahnhöfen **Ja**
- KOSA-Initiative **Nein**
- Partnerschaftsgesetz **Ja**
- Union der Freisinnigen und Liberalen **Ja**

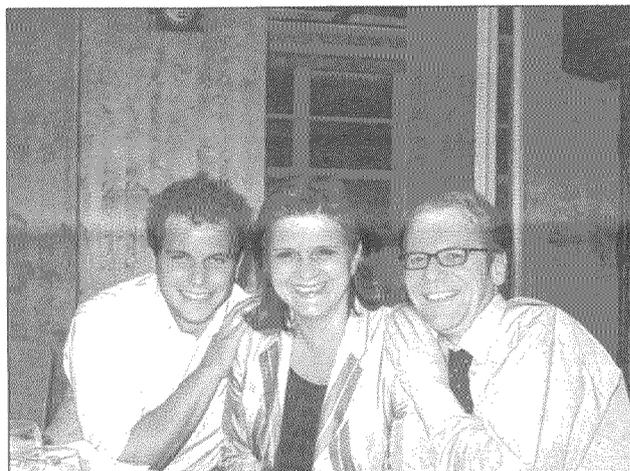
einigen statutarischen Geschäften. Anschliessend zeichnete Bundesrat Pascal Couchepin mit Blick auf verschiedene aktuelle politische Geschäfte und Entwicklungen den Rahmen für eine liberale Gesellschaftspolitik auf.

Delegierte unterstützen Partnerschaften

Bei der Parolenfassung zum am 5. Juni zur Volksabstimmung gelangenden Partnerschaftsgesetz erhielten die Delegierten eine erste Gelegenheit, den Worten von Bundesrat Couchepin Taten folgen zu lassen. Mit diesem Gesetz sollen gleichgeschlechtliche Beziehungen auf eine faire gesetzliche Basis gestellt werden, ohne dass aber damit die Institution der Ehe geschwächt wird. Nach einem kompetenten erklärenden Referat von Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz standen sich in der Diskussion der Zuger Ständerat Rolf Schweiger und der Tessiner SVP-Präsident Paolo Clemente Wicht gegenüber. Die Argumente des früheren FDP-Präsidenten fielen dabei offensichtlich auf fruchtbareren Boden, wie das deutliche Stimmenverhältnis von 142 Ja

zu 8 Nein bei der Parolenfassung zeigte. Im letzten Programmpunkt stellten der Neuenburger

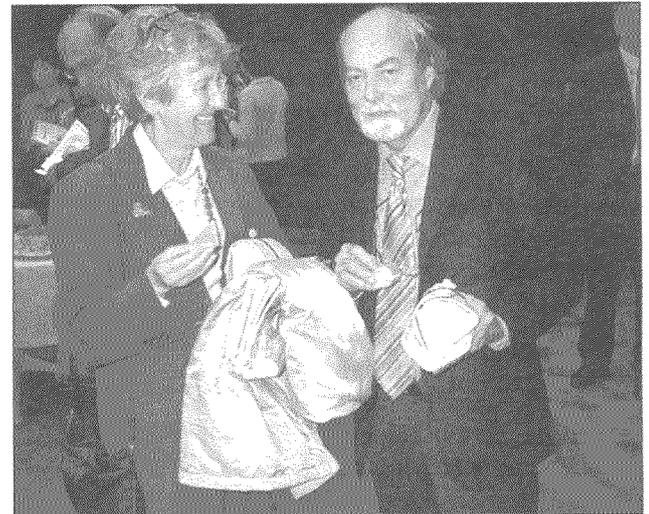
Nationalrat Didier Burkhalter und Claude Ruey, Präsident der LPS, das Projekt der Union der Freisinnigen und Liberalen vor. Beide Referenten betonten, dass sich die politischen Positionen der beiden Parteien nur geringfügig unterscheiden und dass eine Fusion im Moment nicht erste Priorität habe. Mit 160:2 Stimmen sprachen sich die Delegierten dann auch für eine vertiefte Zusammenarbeit aus, welche am 25. Juni in Neuenburg definitiv besiegelt werden soll.



Auch die Zürcher FDP unterhielt sich im «Mercato coperto» blendend: (v. l. n. r.) Fraktionssekretär Claudio Della Giacoma, Kantonalpräsidentin Doris Fiala und Geschäftsführer Konrad Hurni.



Petra Studer vom Generalsekretariat (links) und die Baselbieter Regierungsrätin Sabine Pegoraro waren in bester DV-Stimmung.



Käthi Bieri, Sekretärin der FdP Solothurn, und Guido Hänggi stärkten sich nach der erfolgreichen Delegiertenversammlung.



Barbara Perriard, Geschäftsführerin der FDP-Frauen (links), und Lilian Schaufelberger, Präsidentin von Radigal, hatten viel zu lachen.



Nationalrat Charles Favre (VD), FDP-Präsident Fulvio Pelli und der Tessiner SP-Nationalrat Fabio Pedrina (v. l. n. r.) beleuchteten die Nationalbank-Volksinitiative.

«Le Printemps Radical» steht bevor

Grundsätze liberaler Politik

Am 4. April hielt Bundesrat Hans-Rudolf Merz bei der Waadtländer FDP eine Grundsatzrede, in der er in anschaulicher Weise einen Leitfadenspann für freisinniges Denken spannt. Lesen Sie auf dieser Doppelseite einen Auszug aus dem Referat.

Von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Bern

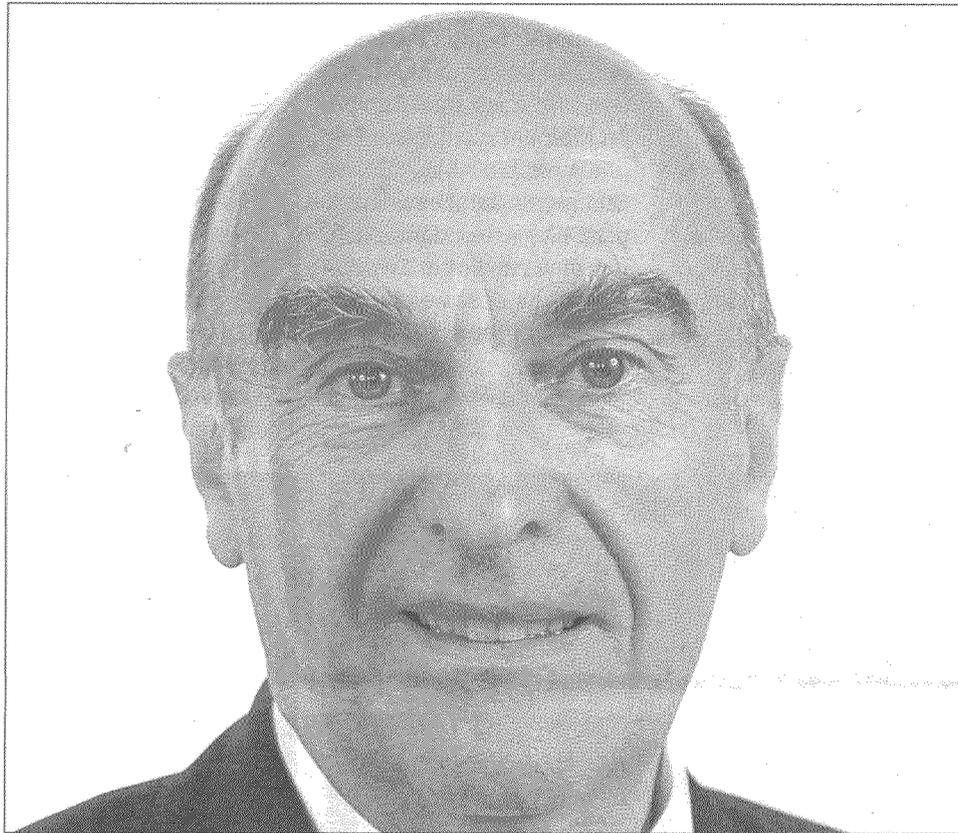
«Für uns Freisinnige ist es wichtig, immer wieder über die Grundsätze liberaler Politik nachzudenken. Das will ich auch heute Abend tun. Denn der Liberalismus ist unser «Zuhause». Er verbindet uns.

Für mich ist der Liberalismus zuerst eine Philosophie, die wir der Aufklärung verdanken. Dabei handelt es sich um humanistische Werte, die das Individuum beschützen, die Rolle des Staates definieren und die Demokratie verteidigen. Ich könnte ohne dieses Ideal nicht leben. Ich habe seine volle Bedeutung in den Jahren kennen gelernt, als ich in kaum oder nichtdemokratischen Staaten gelebt habe.

Neun liberale Grundsätze

Der freisinnige Liberalismus ist eine Grundhaltung, die in alle Bereiche ausstrahlt und unser politisches Vorgehen mitsteuert. Ich will diese Aussage in neun Punkten erläutern.

1. Der Liberalismus entwickelt sich seit Generationen mit der Gesell-



Hans-Rudolf Merz

schaft. Er ist nicht dogmatisch, sondern lösungsorientiert. Er fordert uns in der konkreten Anwendung immer wieder heraus. Deshalb haben wir nicht immer sofort plakative Aussagen zur Hand. Dafür bieten wir Lösungen an, die unser Land auch wirklich vorwärts bringen.

2. Wir sind seit jeher reformorientiert. Wir bekämpfen Stillstand und Polarisierung. Wer nicht an eine Zukunft denkt und glaubt, wird auch keine haben. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) ist ein solches Bei-

spiel. Reformen im Bildungs- und Schulwesen oder – aktuell – bei der Besteuerung von Unternehmen sind andere. Das 21. Jahrhundert hat erst begonnen, die Schweiz hat alle Chancen, dass es auch ihr Jahrhundert wird. Doch dafür braucht es Reformfähigkeit und Reformwillen. Das wissen zwar alle, doch die Vorschläge werden kaum von Links oder von ganz Rechts kommen, sondern von uns. Ich erwarte, dass sich unsere Partei weiterhin als die Reformbewegung auszeichnet. Zu Recht lehnen wir auf allen Gebieten Morato-

rien ab. Zu Recht setzen wir uns mit der Demografiefalle auseinander. Zu Recht begegnen wir den Gefahren des Schuldenberges. Zu Recht verlangen wir mehr für den Bildungsfranken. Zu Recht begnügen wir uns nicht mit der Verteilung der geringer werdenden Reichtümer, sondern wollen neuen Wohlstand schaffen. Zu Recht achten wir stets auf die besten Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft.

3. Wir wollen einen funktionsfähigen, aber schlanken Staat. Es gibt keine exakte Wissenschaft, die uns hilft,

dieses Leitmotiv umzusetzen. Unser Liberalismus schliesst den starken Staat mit seiner Regulierungsmacht mit ein. Wir sind skeptisch gegenüber jeder Machtballung beim Staat und in der Wirtschaft. Deshalb befürworten wir Kartell- und Binnenmarktgesetz oder eine starke Finanzmarktaufsicht.

4. Für uns sind Freiheit und Verantwortung untrennbar, wie zwei Seiten einer Medaille. Wir wollen Freiheit, wissen aber, dass diese einen Preis hat: die individuelle Verantwortung jedes Einzelnen. Nur wenn alle dies wahrnehmen, ist als Belohnung die Freiheit erreichbar.

5. Wir wollen Chancengleichheit am Start. Weil die Menschen nicht gleich sind, fordern wir aber nicht die totale Gleichheit. Der Staat ist nicht zuständig für alle unsere Glückshormone.

6. Unsere liberale Einstellung macht vor gesellschaftlichen Fragen nicht Halt. Die Leute sollen ihre Lebensform frei wählen können. Diese darf nicht durch Recht- oder Steuerbestimmungen konditioniert sein. Mit dem Partnerschaftsgesetz werden wir diesbezüglich im Juni über einen Meilenstein des freisinnigen Liberalismus abstimmen.

7. Der freisinnige Liberalismus fusst auf optimistischer Weltanschauung. Daher hat er auch keine Angst vor der Fortschritt durch die wirtschaftliche Globalisierung.

8. Dank seinem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und zum Wettbewerb ermöglicht der Liberalismus auch

den wirtschaftlichen Fortschritt. Ohne liberale Wirtschaftspolitik gibt es keinen Wohlstand. Die Geschichte belegt dies eindeutig.

9. Nur ein finanziell gesunder Staat ist ein nachhaltiger, sozialer, sicherer oder ökologischer Staat. Die Gesundung der Staatsfinanzen ist Ausgangspunkt für alles politi-

sche Handeln. Dabei sind Höhe der Steuerlast und Höhe der vertretbaren Schuldenlast Fragen, auf die wir bewusst keine vorsehenswerten Antworten geben wollen, sondern Fragen, mit denen wir uns intensiv auseinandersetzen. Die einen wünschen einen sparsamen Staat, die andern, dass der Staat nicht

ausgepresst wird. Wir garantieren beides. Wir orientieren uns von allem Anfang an am Machbaren. Wir wissen: Massnahmen müssen wirtschaftlich sinnvoll, sozialpolitisch erwünscht und politisch durchsetzbar sein.

Die Schweiz verändert sich

Die Schweiz befindet sich im Übergang vom industriellen Zeitalter zum Dienstleistungszeitalter. Dieser Übergang ist noch nicht gemeistert. Dazu braucht es eine Reformpartei und nicht im Stillstand behaftete Parteien. Es braucht uns. Unsere liberale Grundhaltung ist unsere Orientierungshilfe.

Wir Freisinnigen haben den Staat über alle Zeiten und Entwicklungen so geformt, wie er ist. Wenn wir uns unserer Herkunft immer wieder bewusst werden, gelingt es uns, daraus Stärke für die Lösung der anstehenden Probleme zu schöpfen. Unsere Herkunft darf uns zugleich nicht blenden. Die Schweiz ist ein altes Land durch seine Geschichte. Es darf nicht ein altes Land durch sein Verhalten werden.

Zu unserer Fraktion im Bundesparlament gehören seit dieser Legislatur die Liberalen. Es kommt mir vor, als sei dies nie anders gewesen! Das Unglück der Wahlen führte zum Glück der Annäherung. Es freut mich, dass wir nun auch formell eine Union bilden und bald eine gemeinsame nationale Delegiertenversammlung durchführen werden. Wer national sät, will auch kantonal ernten. Dass dies gelingt, ist Ihre

Aufgabe. Sie ist schwierig. Beide Parteien haben in jeder einzelnen Gemeinde eine eigene Geschichte. Deshalb darf man nichts übers Knie brechen. Es gehört aber zu unserem Geist, dass wir keine Diskussion scheuen. Wir haben mit den Liberalen so viele gemeinsame politische Werte und Ziele. Es ist nichts als richtig, gemeinsam zu überlegen, wie wir diese am besten erreichen.

Bilaterale sind freisinnige Vorlagen

Zuletzt noch ein Wort zu den Bilateralen. Das Ergebnis der Verhandlungen der bilateralen Abkommen II beinhaltet handfeste Vorzüge für unser Land. In den delikatesten Bereichen konnten die schweizerischen Interessen fast durchs Band durchgesetzt werden. Von den neun Abkommen wurde gegen das Schengener Abkommen das Referendum ergriffen. Die zwei Kernaussagen als Zollminister lauten für mich:

1. Zollgänger werden bei den Zollkontrollen unter dem Schengen-Regime kaum einen Unterschied zu heute spüren.
2. Der systematische Zugang zu europäischen Fahndungsdatenbanken wird neue Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung ergeben.

Die bilateralen Verträge und somit auch das Schengen-Übereinkommen entsprechen den freisinnigen Werten. Dank den Bilateralen kann die Schweiz in Europa die Schweiz bleiben. Und dank der FDP kann die Schweiz in der Schweiz die Schweiz bleiben.» ■



JA

zu Schengen/Dublin
am 5. Juni

www.fdp.ch

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei

Fulvio Pelli steht Rede und Antwort

Der FDP-Präsident über den Zustand der Partei, «Avenir Radical» und die Wahlen 2007

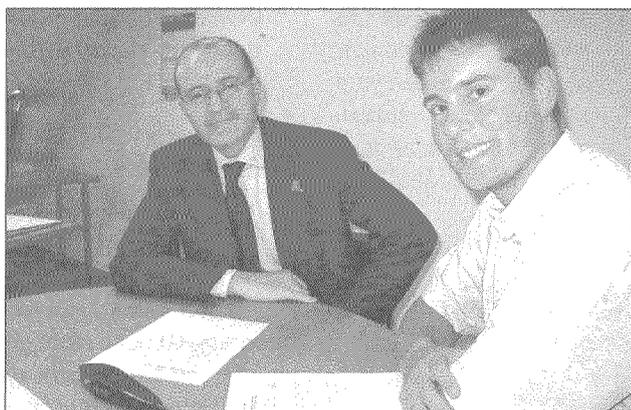
Üblicherweise geben neu gewählte Amtsträger nach hundert Tagen eine erste Bilanz über ihre Arbeit ab. Dem «Freisinn» berichtet Fulvio Pelli, der Präsident der FDP Schweiz, nun bereits nach vierzig Tagen über den Zustand der Partei, über die wichtigen anstehenden Aufgaben und Projekte und über seine persönliche Einschätzung der Ausgangslage für die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2007.

«Freisinn»: Fulvio Pelli, Sie haben in den knapp sechs Wochen seit Ihrer Wahl viele Eindrücke von unserer Partei sammeln können. Wie geht es der FDP aus Ihrer Sicht heute?

Fulvio Pelli: In der FDP gibt es heute wieder Hoffnung, dass die Zukunft besser aussehen wird. Ich glaube, dass wir optimistisch nach vorne schauen können, wenn es uns gelingt, die Partei in eine modernere Partei umzuwandeln.

Sie haben bereits an mehreren kantonalen FDP-Veranstaltungen teilgenommen. Ist es für Sie als Präsident der FDP Schweiz wichtig, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten unserer Kantonalparteien kennen zu lernen?

Das ist für mich sehr wichtig. Ich werde in meiner



Fulvio Pelli im Gespräch mit Nico Zila.

ersten Zeit als Präsident möglichst viele solche Besuche machen, um Vertrauensverhältnisse zu bilden und die Erwartungen und Fähigkeiten der kantonalen Parteien kennen lernen zu können. Wir müssen unbedingt enger zusammenarbeiten, um das Bild einer FDP und nicht von 26 verschiedenen Parteien zu vermitteln.

An der Delegiertenversammlung vom 15./16. April in Mendrisio haben die freisinnigen Delegierten der Union mit der Liberalen Partei zugestimmt. Wie wichtig ist für Sie diese Zusammenarbeit mit den Liberalen?

Die Union hat eigentlich ihren Ursprung in der Legislaturperiode von 1999 bis 2003, als ich in meiner Funktion als Fraktionschef Gespräche mit der Liberalen Partei im Hinblick auf eine bessere Koordination der parlamentarischen Arbeit aufgenommen habe. Bei den Wahlen im Herbst

2003 konnten die Liberalen dann nur noch 4 Sitze im Nationalrat gewinnen. Daraufhin einigten sich die beiden Parteien rasch auf eine gemeinsame Fraktion. Nun spüre ich auf beiden Seiten eine tiefe Überzeugung, dass diese Union eine Chance ist. Eine Fusion ist hingegen im Moment noch kein Thema – wir wollen die unterschiedliche Geschichte der beiden Parteien nicht vom Tisch wischen.

An der Liberalen Landsgemeinde in Stans wurden im vergangenen September Forderungen aus dem Projekt «Avenir Radical» diskutiert und priorisiert. Können Sie uns sagen, welches im Moment der politische Stand dieser Anliegen ist?

Zwei Projekte von «Avenir Radical» sind seither besonders vorangetrieben worden. Zum einen ist es die Schulharmonisierung, welche an der Delegierten-

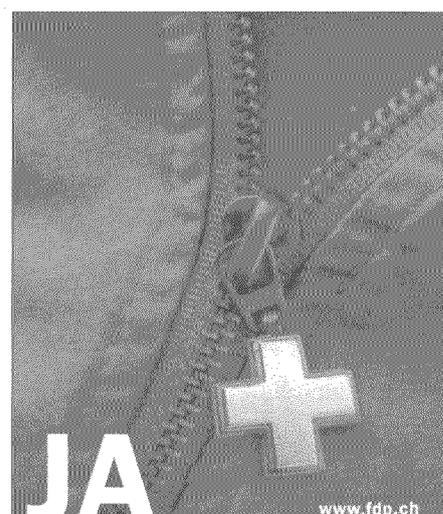
versammlung in Martigny breit diskutiert wurde. Das andere Anliegen ist die Vereinfachung unseres Steuersystems. Dort hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die verschiedene Vorschläge prüfen wird. Die anderen Forderungen werden wir in den nächsten Monaten anpacken.

Blicken wir noch ein wenig weiter voraus. Im Herbst 2007 finden die nächsten eidgenössischen Wahlen statt. Wagen Sie für unsere Leserinnen und Leser eine Prognose, wie sich die FDP behaupten wird?

Zunächst muss ich sagen, dass die Wahlen 2007 noch recht weit entfernt sind. Wir haben vorher

wichtige Wahlgänge in Genf, im nächsten Jahr in Bern und im Frühjahr 2007 in der Waadt, im Tessin, in Zürich und noch in anderen Kantonen. Wenn die FDP in diesen Kantonen gute Resultate macht, wird sich eine positive Stimmung für die eidgenössischen Wahlen einstellen. Wir müssen zurück zum freisinnigen Kampfgeist und zu einer Position der Eigenständigkeit finden. Mein Ziel für die Wahlen 2007 ist einfach: Die FDP muss den langjährigen Trend umkehren. Ich will mich dabei aber nicht auf eine Prozentzahl fixieren.

Das Gespräch mit Fulvio Pelli führte Nico Zila von der Redaktion des «Schweizer Freisinns».



... zu mehr Sicherheit Der Sicherheitsvertrag Schengen/Dublin bringt, was die Schweiz braucht: Ärger für Kriminaltouristen bei der Einreise und mehr Sicherheit für uns. Mit einem Ja zu Schengen/Dublin erhält die Schweiz Zugriff auf die internationale Datenbank SIS mit über 11 Millionen Fahndungsdaten.

Darum JA zu Schengen/Dublin.

Flat Rate Tax

Plädoyer für ein radikal vereinfachtes Steuersystem

2098 Seiten dick ist der juristische Kommentar zum Aargauischen Steuergesetz. Unser Steuergesetz, das zu seiner Auslegung über 2000 Seiten Kommentar notwendig macht, kann aus Sicht des Bürgers kaum ein gutes Gesetz sein. Und ein Steuersystem, das zu seiner Regulierung 276 Gesetzes-Paragrafen benötigt (es kommen noch knapp 100 Paragraphen Verordnung hinzu), kann kaum ein übersichtliches und bürgerfreundliches Steuersystem sein.

Von Daniel Heller, Grossrat und Fraktionspräsident der FDP Aargau, Erlinsbach AG



Daniel Heller

Dass das Steuerwesen derart kompliziert und unübersichtlich ist, ist allerdings nicht die Schuld des Aargaus: Die Bemessungsgrundlagen sind Gegenstand der Bundeskompetenz und im Steuerharmonisierungsgesetz verbindlich vorgespurt. Grundlegende Änderungen an unserem Steuersystem müssen wir deshalb über den Bund anstreben. Not tut ein radikal vereinfachtes System – die in den USA entwickelte Idee der Flat Tax oder Flat Rate Tax (Steuersystem mit Einheitssatz) könnte hier positive Impulse geben.

Wir verwenden den Begriff Flat Tax als Synonym für ein radikal vereinfachtes Steuersystem. In der Praxis haben sich erst wenige Länder an eine artreine, modellgerechte Umsetzung einer Flat Tax gewagt (Slowakei, Estland, Lettland, Hongkong, Singapur, Russland). Immer mehr Staaten übernehmen jedoch Teilaspekte der Flat Tax. So werden vielerorts

vor allem Einheitssteuersätze (Flat Rate Taxes), aber auch eine Absenkung der Spitzensteuersätze, die Vereinfachung der Steuerdeklaration oder die Streichung von Sondertatbeständen politisch intensiv diskutiert. Der Aargauer Grosse Rat hat vor kurzem die von der FDP vorgeschlagene Idee zur Lancierung einer diesbezüglichen Standesinitiative unterstützt.

Historisch gewachsenes Steuerdickicht

Steuern haben den Zweck, die Mittel für die Aufgaben der öffentlichen Gemeinwesen zu beschaffen. Der Bürger will, dass das auf effiziente, gerechte und nachvollziehbare Art ge-

schieht. Das geltende Steuersystem entspricht diesen Postulaten in keiner Art und Weise: Es ist kompliziert, nicht transparent und unübersichtlich. Für den Steuerpflichtigen und für die Vollzugsbeamten, ja selbst für die Steuerberater ist es längst eine Zumutung geworden, sich im Dickicht von Vorschriften und Anwendungspraktiken zurechtzufinden. Alleine die Vielzahl von Abzugsmöglichkeiten überfordert den Steuerpflichtigen. Unser System verursacht enorme bürokratische Aufwendungen auf allen Seiten: bei Firmen, Privaten und bei den Steuerbehörden. Ein Grund dafür ist, dass das Steuersystem für zahlreiche andere Zwecke als die Mittelbeschaffung des Staates gebraucht wird: Via Steuerrecht werden beispielsweise Altersvorsorge, Wohneigentum, Energiesparen oder Spenden an gemeinnützige Organisationen gefördert.

Vorteile der Flat Tax sind offensichtlich

Kern der Idee der Flat Tax ist eine Abkehr von der Bemessungsgrundlage der herkömmlichen Einkommenssteuer hin zu einer Konsumorientierung. Anstelle der Einkommenszielung wird die Einkommensverwendung einmal mit einem konstanten Steuersatz an der Quelle belastet. Die Flat Tax unterscheidet zwischen Unternehmens- und Haushaltsseite. Auf der Unter-

nehmensseite wird die Cash-Flow-Steuer erhoben, die sich an den realen Zahlungsströmen orientiert. Auf der Haushaltsseite wird eine Lohnsteuer (Löhne, Gehälter, Pensionen) erhoben. Die Besteuerung von Zinsen und anderen Vermögenserträgen entfällt. Abzüge werden keine gewährt. Nur ein Freibetrag, mit dem den Familienlasten Rechnung getragen wird, ist vorgesehen. Wir erkennen folgende Vorteile:

- Eine Flat Tax garantiert, dass jegliches konsumtive Einkommen nur einmal versteuert werden muss. Damit geht ein Abbau steuerlicher Verzerrungen einher.
- Familien mit einem Einkommen unter einer bestimmten Schwelle werden aufgrund eines Freibetrags gar nicht besteuert.
- Die Besteuerung eines grossen Teils des Einkommens an der Quelle reduziert den administrativen Aufwand beim Steuerpflichtigen und bei der Steuerbehörde massiv.
- Der Steuersatz ist für alle Steuerpflichtigen derselbe. Wer ein zehnfach höheres steuerbares Einkommen hat, bezahlt auch zehnfach mehr Steuern.
- Steuerliche Sondertatbestände und Steuerlücken für einflussreiche Lobbies verschwinden.
- Langfristig löst die Flat Tax positive Wachstumsimpulse aus.

- Das System ist transparent, gerecht und spart Zeit und Ressourcen auf Seiten von Behörden, Unternehmungen und Steuerzahlern.

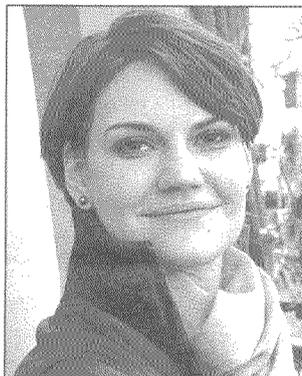
Ein radikal vereinfachtes Steuersystem ist nur sinnvoll, wenn es gesamtschweizerisch eingeführt wird. Die neue Steuerordnung muss sowohl für die direkte Bundessteuer als auch für die Staats- und Gemeindesteuern gelten, wenn sie administrative Vereinfachungen bewirken und das System nicht zusätzlich verkomplizieren soll. Das setzt die Änderung der entsprechenden Bundesgesetze voraus, insbesondere des Steuerharmonisierungsgesetzes. Wir wählen darum den Weg der Standesinitiative. Der Gefahr, dass eine Einheitssteuer den föderalistischen Steuerwettbewerb abschafft, falls sie für alle Staatsebenen gelten soll, wird in der helvetischen politischen Meinungsbildungspraxis zweifellos ausreichend Rechnung getragen werden. Da haben wir keine Angst. Der Steuerwettbewerb kann und soll in Form eines Bandbreitenmodells mit Hebesätzen oder Zuschlägen für die Kantone und Gemeinden weiter bestehen. Bereits eine Umsetzung von Teilaspekten der Flat Tax kann auch in der Schweiz zu Effizienzsteigerung und zu Wachstum führen. Wir setzen uns dafür ein! ■

Auslandschweizer-Preis 2005

FDP Schweiz International ehrte Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Die FDP Schweiz International hat am 17. März bereits zum vierten Mal den von ihr ins Leben gerufenen Auslandschweizer-Preis vergeben. Preisträger in diesem Jahr ist der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Vorsteher des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs. Unter Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten durfte Thomas Straubhaar in Basel den Preis entgegennehmen. Die Preisverleihung wurde bereichert durch eine hervorragende Laudatio von Prof. Dr. Silvio Borner und durch ein höchst interessantes Gastreferat von Bundesrat Pascal Couchepin.

Von Christina Grunder,
Sekretärin der FDP
Schweiz International



Christina Grunder

Die im Jahr 2000 entstandene Idee, Persönlichkeiten für ihre Verdienste für die «fünfte Schweiz» auszuzeichnen, hat sich bis zu diesem Jahr enorm weiterentwickelt. War die erste Preisverleihung bei der FIFA in Zürich noch ein bescheidener Anlass, hat sich spätestens mit der diesjährigen Preisverleihung gezeigt, dass das Projekt der FDP Schweiz International zu einer gefragten und anerkannten

Grossveranstaltung geworden ist. Die Teilnahme von über 230 Gästen aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Politik an diesem Anlass hat einmal mehr ge-

zeigt, dass die Bedürfnisse der im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer auch in der Schweiz auf grosses Interesse stossen. Prof. Dr. Silvio Borner, «Professorvater» von Thomas Straubhaar, überzeugte die Anwesenden mit einer interessanten und persönlichen Laudatio. Er würdigte das Werk des Preisträgers auf sehr humorvolle und wertschätzende Art und Weise. Bundesrat Pascal Couchepin widmete sein Gastreferat der Frage der «Rolle der Schweiz in der globalen Wissensgesellschaft» und machte deutlich, dass unser wichtigstes Exportgut, die Bildung, gefördert werden müsse. Durch die Veranstaltung führte der Basler Nationalrat Johannes Randegger, Präsident der FDP Schweiz International.

Unterstützung und Anerkennung

Ziel und Zweck des Auslandschweizer-Preises ist es, die Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu unterstützen und die Anerkennung der Auslandschweizergemeinde zu fördern. Der Auslandschweizer-Preis soll jenen Persönlichkeiten oder Institutionen zukommen, die sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben. Im gleichen Zug soll die jährlich stattfindende Verleihung des Ausland-



Nationalrat Johannes Randegger, Präsident der FDP Schweiz International, überreicht Prof. Dr. Thomas Straubhaar (rechts) den Auslandschweizer-Preis.

schweizer-Preises aber auch die Bevölkerung auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen – das Image der Schweiz wird massgeblich geprägt durch die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer. Der Auslandschweizer-Preis besteht in der Verleihung des Titels «Auslandschweizer des Jahres» sowie einer Ehrenurkunde und der gleichzeitigen Aufnahme der geehrten Persönlichkeit in den «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer». Besiegt wird die Ehrung mit der Übergabe eines symboli-

schen Preises sowie eines Geldpreises.

30 Kandidaturen

Für den diesjährigen Preis wurden im Sommer 2004 breite Kreise aufgerufen, mögliche Institutionen und Persönlichkeiten zu nennen, welche sich für den Preis eignen würden. Angefragt wurden die Auslandschweizer-Organisation (ASO), das Netz der Schweizerischen Botschaften im Ausland, die Mitglieder des Auslandschweizerzerrates sowie die Mitglieder und der Vorstand der FDP Schweiz International. Die 30 eingegangenen Kandidaturen aus den ver-



Prof. Dr. Silvio Borner (rechts) hielt eine humorvolle Laudatio für den Preisträger.

schiedensten Fachgebieten und Ländern sind einmal mehr Beweis dafür, dass das Projekt bei den kontaktierten Personen und Stellen auch beim vierten Mal ein grosses Echo ausgelöst hat.

Die Jury-Mitglieder für den Auslandschweizer-Preis 2005 haben im vergangenen Dezember ihre definitive Entscheidung über die Kandidaturen gefällt. Die

Jury setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Dr. Hugo Bütler (Chefredaktor NZZ, Jury-Präsident), Francine Asmis (Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International), Hanna Widrig (Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr), Guido Schommer (Generalsekretär der FDP Schweiz, Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International), Dr.

Georg Stucky (Präsident der Auslandschweizer-Organisation) und Botschafter Peter Sutter (Chef Abteilung VI, EDA).

Liberaler Wirtschaftspolitik

Die Jury hat sich mit der Wahl des «Auslandschweizers des Jahres 2005» dafür ausgesprochen, Herrn Prof. Dr. Thomas Straubhaar für seinen un-

ermüdlenden Einsatz für die Wirtschaftswissenschaften und seine Thesen liberaler Wirtschaftspolitik zu ehren. Die Arbeit und das Ansehen von Thomas Straubhaar verfügt sowohl im In- als auch im Ausland über grosse Strahlkraft. Der am 2. August 1957 geborene Straubhaar ist seit 1999 Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA).

Zuvor war er Dozent im In- und Ausland und hatte unter anderem an der Universität Basel einen Lehrauftrag für «Ausgewählte Gebiete der Wirtschaftspolitik» inne. Straubhaar setzt sich in Deutschland für die Thesen liberaler Wirtschaftsstrukturen ein und ist durch seine Kenntnisse der Schweizerischen Wirtschaft ein Botschafter für die Schweiz im Ausland. ■

KMU-Preis 2005 für ethisches Verhalten im Unternehmen

Start der Ausschreibung für den begehrten Unternehmerpreis

Bereits zum vierten Mal verleiht die FDP in diesem Jahr den KMU-Preis. Mit diesem Preis werden Unternehmen ausgezeichnet, welche sich in besonderer Weise für Wirtschaft und Gesellschaft eingesetzt haben. In diesem Jahr geht der KMU-Preis an Unternehmen, welche sich speziell für die Förderung des ethischen Verhaltens in der Wirtschaft einsetzen. Die Verleihung der Preise findet am 20. August statt.

Alle zwei Jahre vergibt die FDP den KMU-Preis. In diesem Jahr werden Unternehmen ausgezeichnet, welche in jüngster Vergangenheit in herausragender Art und Weise ihre ethische Verantwortung wahr-

genommen haben. Diese ethische Verantwortung kann verschiedene Dimensionen haben:

■ **Unternehmenskultur**
Beispielsweise Unternehmen, die bewusst Teilzeitstellen schaffen,

Arbeitnehmer beschäftigen, die auch nach 65 weiterarbeiten möchten usw.

■ **Umweltverträglichkeit**
Beispielsweise Unternehmen, die sich in ihrer Produktionsweise oder bezüglich eigener Infrastruktur (Um- und Neubauten) als besonders umweltfreundlich auszeichnen usw.

■ **Soziale Verantwortung**
Beispielsweise Unternehmen, die sich bemühen, behinderte Personen oder ausgesteuerte Arbeitslose anzustellen oder die Lehrstellen für Jugendliche mit Problemen beim Einstieg ins Berufsleben schaffen usw.

Die Ausschreibung des KMU-Preises erfolgt kantonal. Pro Kanton wird ein Preis vergeben. Es sind die FDP-Kantonalparteien, welche die Preisträger in ihrem Kanton bis Ende Mai 2005 bestimmen. Die Ver-

leihung der KMU-Preise erfolgt im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom

20. August 2005 in Zürich. ■



Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst (GL)

“Ein starkes Engagement für die Frauen und den Freisinn.”

Wir gratulieren den FDP Frauen Stadt Zürich zum 70. Jubiläum!

FDP 
Frauen Schweiz

Erfolg und Niederlage

«Unsere grösste Schwäche liegt im Aufgeben.
Der sichere Weg zum Erfolg ist,
es doch noch einmal zu versuchen.»

Thomas Alva Edison,
amerikanischer Erfinder (1847–1931)

1935 – 2005

R + L = L²

Die Union der Freisinnigen und Liberalen: ein Projekt mit erfreulichen Perspektiven

FDP-Präsident Fulvio Pelli genoss kürzlich an der Delegiertenversammlung der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) Gastrecht. Lesen Sie einen Auszug aus seiner Rede, in welcher er die Wichtigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der beiden Parteien betonte (siehe auch Bericht von der FDP-Delegiertenversammlung in Mendrisio auf Seiten 6/7).

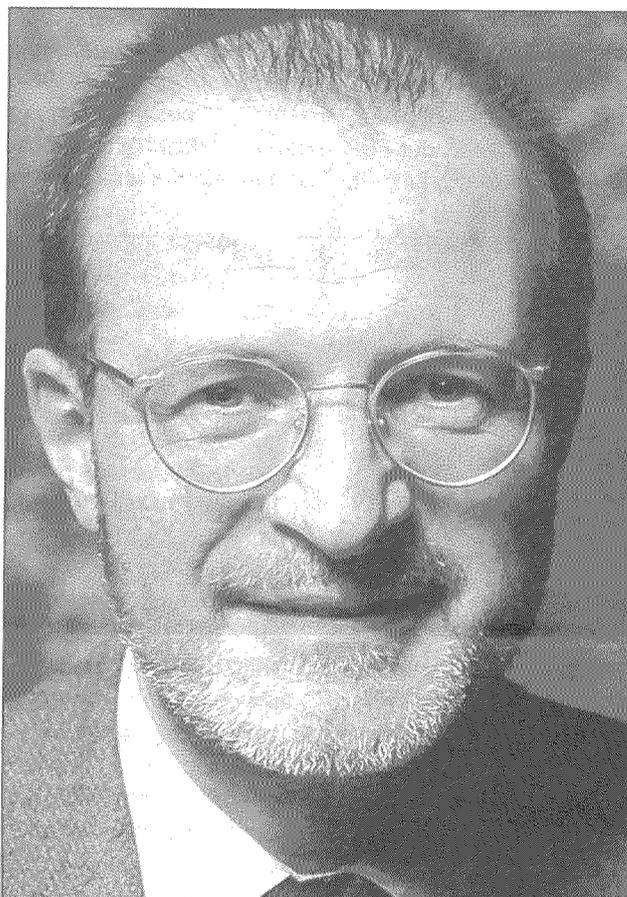
Von Fulvio Pelli, Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz, Sorengo TI

Am 25. Juni dieses Jahres werden die LPS und die FDP Schweiz in Neuenburg darüber diskutieren, wie eine in den eidgenössischen Kammern seit anderthalb Jahren erfolgreich laufende Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden soll. Die Vorstände der beiden Parteien schlagen dafür ein relativ bewegliches Konzept vor. Die Union von Freisinnigen und Liberalen wird eine Bewegung sein, die an der Annäherung der beiden Parteien arbeiten und die Gemeinsamkeiten bewusst betonen wird. Als freisinnig-liberaler Tessiner freue ich mich natürlich ganz besonders über diese Entwicklung.

Jeder möchte «liberal» sein

Die Schweiz ist ein liberales Land. Unsere Geschichte, unser Demokratie-Modell und sogar unsere Einstellungen sind von liberalen Werten geprägt. Die Feststellung, dass sich unsere politischen Gegner einen scharfen Konkurrenzkampf um

die Vaterschaft des Liberalismus liefern, ist allemal recht belustigend. Sie definieren sich nunmehr als «liberal-sozial» oder als «liberal-konservativ». Dabei sind aber nicht nur die bürgerlichen Parteien vom «L» angezogen. Sie sind nicht die Einzigen, die auf den Wähleranteil schielen, der mit liberalen Werten abzuholen ist. Vielmehr übernehmen auch einige Anhänger des «S» zumindest teilweise unser Ideal. Ich muss natürlich zugeben, dass diese eher zurückhaltend sind. Dennoch erinnere ich mich an einen leicht liberal inspirierten Aufruf, der von der Spitze des Gurtens erklang. Wenn ich mich nicht täusche, handelte es sich um eine Art Hilferuf, der die Genossen zur Vernunft hätte bringen sollen. In Bern ist sogar von einem vor kurzem erschienenen Buch die Rede, welches von Genossen geschrieben wurde, die vom Erfolg der liberalen Wege überrascht sind, die Deutschland oder England eingeschlagen haben. Der Kampf um das «L» scheint also begonnen zu haben. Da Freisinnige und Liberale sich entschlossen haben, die Zusammenar-



Fulvio Pelli

beit in Bern zu beginnen, und da unsere Hauptstadt dieses Jahr Albert Einstein eine besondere Würdigung erbringt, erlaube ich mir, die Relativitätstheorie leicht umzudeuten, indem ich mich folgender Formel bediene: F (Freisinnig) + L (Liberal) = L^2 !

Helfen wir ihnen dabei!

Das Markenzeichen «liberal» wird also stets für die jeweiligen Bedürfnisse zu rechtgebogen. Obwohl der Präsident der LPS, Claude Ruey, und ich selbst Anwälte sind, haben wir nicht die Absicht, Urheberrechte

einzuaklagen. Wir wollen keinen Protektionismus betreiben und werden daher die Ideale, die wir vertreten, nicht mit einem «Copyright» versehen. Ganz im Gegenteil: Wenn die politischen Familien, die uns zuvor noch bekämpft haben, nunmehr unsere Werte zu fördern gedenken, sollten wir uns über einen solchen Tatendrang freuen und ihnen helfen, die Freuden des Liberalismus zu entdecken! Helfen wir unseren Partnern in ihrem Lernprozess, da sie sich viel zu oft noch als recht unbeholfen er-

weisen. Denn wenn die Parteien rechts aussen, die sich selbst als «liberal-konservativ» bezeichnen, finanzpolitische Konsequenz mit einem Kontenplan verwechselt oder die extreme Mitte, die gerne «liberal-sozial» wäre, über ihre konservativen Reflexe hinwegzutäuschen versucht, die sie hinsichtlich einer kommenden, für die gleichgeschlechtliche Gemeinschaft bedeutsamen Wahl hegt, habe ich tatsächlich das Gefühl, dass eine echte liberale Kraft die Debatte erhellen sollte.

Diese Debatte sollten wir unter Wahrung des Dialogs anregen, ohne dabei je ein autoritatives Vorgehen zu bevorzugen, und zwar aus einem einfachen Grund, der den Schülern des Liberalismus oft nicht bewusst ist: Liberalismus ist keine Doktrin, sondern vielmehr eine Philosophie. Der liberale Gedanke ist nicht starr, er beschränkt sich nicht auf ein universal-gültiges Modell, er ist in keinem Gesetzeswerk niedergeschrieben.

Wenige Unterschiede, viele Gemeinsamkeiten

Darin liegt unsere Kraft, aber auch unsere Schwäche begründet. Während unsere politischen Gegner ihre Botschaften in Stein meiseln, quälen wir uns oft mit unendlichen Erwägungen und tun uns schwer, einfach zu kommunizieren.

Für die sensationsbedürftigen Medien sind wir nicht «einschlägig» genug, und in der öffentlichen Debatte erscheinen wir manchmal uneins. Wenn eine Entscheidung ansteht, sind wir zu oft wegen Detailfragen zerstritten, zanken wir uns wegen nebensächlicher Probleme. Ich will die durchaus vorhandenen Unterschiede zwischen Freisinnigen und Liberalen ebenso wenig leugnen wie ich die Bedeutung der Geschichte verkennen möchte. Als ehemaliger Präsident einer Kantonalpartei, in welcher Meinungsverschiedenheiten alltäglich sind, habe ich nichtsdestoweniger das Gefühl, dass das, was uns vereint, stärker ist als das, was uns trennt. Kurzum,

wenn wir in der liberalen Familie auch weiterhin den Gedankenaustausch pflegen wollen, dann, so entspricht es meiner Überzeugung, müssen wir unser Handeln in Zukunft gemeinsam ausrichten. Die Streitigkeiten drehen sich zu oft um Personen, um lokale Machtkämpfe, kurzum um das, was General de Gaulle einst das «Geplänkel der Parteien» nannte. Dieses Phänomen müssen wir künftig überwinden, denn die Herausforderungen, die uns erwarten, sind gewaltig und die Wählerschaft, die sich der Beschlagnehmung ihrer Souveränität durch den Konservatismus widersetzt, braucht eine Alternative gegenüber den Komplizen der Polarisierung.

Die FDP Schweiz und die LPS sind seit der Erschaffung der modernen Schweiz staatstragende Parteien. Sie haben politische Reflexe zu entwickeln gewusst, die von einem tiefen Respekt für die Grundsätze der Freiheit und der Verantwortung geprägt sind. In unseren politischen Familien nehmen die Besserwisser nicht in den vorderen Rängen Platz. Freisinnige und Liberale teilen die gleichen Werte, kennen aber leider auch ähnliche Probleme. Da wir im politischen Spektrum nur noch eine Minderheit darstellen, haben wir nicht mehr die Möglichkeit, unsere Politik unbedingt durchzusetzen. Um mich einer sportlichen Metapher zu bedienen, würde



FDP-Präsident Fulvio Pelli und LPS-Präsident Claude Ruey leben die gute Zusammenarbeit bereits vor.

ich sagen, dass wird nicht mehr der Schiedsrichter auf dem Feld sind. Zusammen werden wir schneller in der Lage sein, erneut diesen Platz einzunehmen, der einst uns gehörte. Am 25. Juni dieses Jahres

wird es daher in Neuenburg gelten, die liberalen Kräfte zu entfesseln – und zwar in guter freisinniger Manier, mit sicherer Hand und ohne zu zögern. Es lebe die Union von Freisinnigen und Liberalen! ■

Bundesrat: Für Umverteilung statt für Umwelt entschieden

FDP setzt für CO₂-Reduktion auf nachhaltige und globale Wirkung

Die FDP begrüsst den bundesrätlichen Entscheid für die Einführung eines Klimarappens auf Treibstoffen, weil dieser eine effiziente und zielführende Massnahme ist. Unverständlich und verfrüht ist aber die bundesrätliche Absicht, eine CO₂-Abgabe auf Heizöl einzuführen. Anstatt die freiwilligen Massnahmen voll auszuschöpfen – wie dies das Gesetz vorsieht –, wird bereits jetzt auf das letzte aller vorgesehenen Mittel gesetzt. Damit werden die Bürgerinnen und Bürger verfrüht belastet.

Die FDP steht zu den Reduktionszielen wie sie im CO₂-Gesetz festgeschrieben wurden. Der CO₂-Ausstoss muss zugunsten der globalen Luftreinhaltung vermindert werden. Die FDP setzt dabei auf die im Gesetz vorgesehenen

Schritte. Bei der konkreten Realisierung ist prioritär auf freiwillige Massnahmen zu setzen. Die Wirtschaft und auch Private stehen hier in der Pflicht. Freiwillige Massnahmen führen zu langfristigen Verhaltensänderungen und

nicht bloss zu kurzfristigen Kostenoptimierungen. Der Klimarappen ist eine solche freiwillige Massnahme. Ohne die Bürokratie aufzublähen und auf einfache Art und Weise kann mit dem eingesetzten Geld ein massgeblicher Beitrag zur Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstosses geleistet werden. Erst wenn die freiwilligen Massnahmen nachweislich nicht zum Ziel führen, ist die Einführung einer CO₂-Abgabe ins Auge zu fassen. Voraussetzung dafür sind aber gemäss Gesetz die Berücksichti-

gung der getroffenen Massnahmen in anderen Ländern und der Brenn- und Treibstoffpreise in den Nachbarstaaten. Zusätzlich ist die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und einzelner Branchen zu beachten. Ob eine CO₂-Abgabe die gewünschte Wirkung haben würde, ist ohnehin zweifelhaft. In den vergangenen Monaten ist der Erdölpreis auf Rekordhöhen geklettert, der Verbrauch hat aber dennoch zugenommen. Diese Tatsache zeigt, dass höhere Preise nicht zwingend eine Verhaltensänderung und

damit einen tieferen CO₂-Ausstoss bringen würden, sondern primär eine Umverteilungsbürokratie. Ausserdem hätte ein schweizerischer Alleingang bei der Einführung einer solchen Abgabe gravierende Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und damit auf die Arbeitsplätze in der Schweiz. ■

Ja zur Liberalisierung der Sonntagsverkäufe

Frauen profitieren von flexibleren Arbeits- und Öffnungszeiten

Bei der in der zweiten Hälfte des Jahres zur Abstimmung gelangenden Vorlage über die Sonntagsverkäufe stehen nicht nur wirtschafts- und wachstumspolitische Fragen im Zentrum, sondern es geht einmal mehr auch um die Frage der liberalen Lebensgestaltung. Insbesondere Frauen würden von liberaleren Öffnungszeiten profitieren. Wer Nein sagen will zur gewerkschaftlichen Bevormundung, sagt deshalb Ja zu Sonntagsverkäufen.

Von Regierungsrätin
Marianne Dürst,
Präsidentin FDP-Frauen
Schweiz, Glarus

Bei der auf einen Vorstoss der FDP zurückgehenden Lockerung der Ladenöffnungszeiten geht es um die Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten, ihre Einkäufe dann zu tätigen, wenn sie Lust und vor allem auch Zeit dazu haben. Gerade aus frauenspezifischer Sicht ist mit Nachdruck darauf zu verweisen, dass es sich bei dieser Vorlage wenn auch nur um einen kleinen, so aber doch richtigen Schritt hin zu einer modernen Gesellschaftspolitik handelt.

Die Ladenöffnungszeiten in der Schweiz verlaufen trotz veränderten Lebensgewohnheiten zu einem grossen Teil parallel zu gängigen Arbeitszeiten. Viele erwerbstätige Mütter (oder Väter) sind deshalb gezwungen, ihre Einkäufe in aller Eile in der Mittagspause oder aber kurz vor Ladenschluss zu tätigen.

Frauenfreundlich

Während beispielsweise in Deutschland gezielt mit Blick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit die Einführung familienfreundlicher Servicezeiten von Behörden, Ämtern und Gewerbebetrieben auch mit



Marianne Dürst

staatlicher Unterstützung gefördert wird, ist es in der Schweiz ausgerechnet die Linke, die entsprechende Liberalisierungsschritte wider besseres Wissen bekämpft.

Abbau von Hürden

Ignoriert wird dabei offenbar auch der Umstand, dass gerade Frauen eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung entgegenkommt, denn zahlreiche Frauen würden gerne über das Wochenende einem Teilzeiterwerb nachgehen, zumal dann in vielen Familien die Kinderbetreuung durch den Vater einfacher und ohne teure externe Lösung sichergestellt wäre. Auch das vorgeschobene «Schutz»-Argument der Gewerkschaften vermag nicht zu überzeugen. Vielmehr handelt es sich um eine Bevormundung angesichts der Tatsache, dass auch heute bereits in vielen Berufen Sonntagsarbeit geleistet wird. Auch Ärztin-

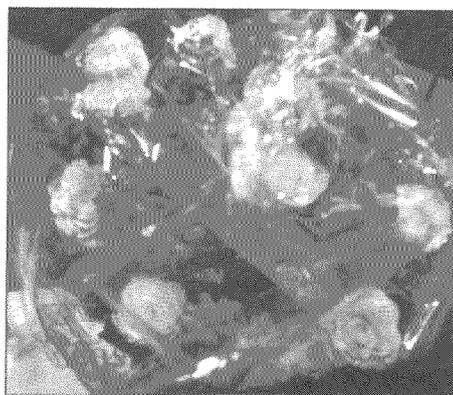
nen, Busfahrer, Journalistinnen und Serviceangestellte arbeiten am Sonntag.

Nein zur Bevormundung – ja zu Sonntagsverkäufen

Geradezu grotesk wird es, wenn man die Bürgerinnen und Bürger über sinnlose Verbote zu einer «sinnvolleren» Freizeitgestaltung als Shopping erziehen will. Die Maxime von Freiheit und Verantwortung gilt auch hier. Das ist moderne Politik für moderne Menschen. Sagen wir deshalb Nein zur Bevormundung durch die lähmenden Gewerkschaften und Ja zu Sonntagsverkäufen.

Neue FDP-Frauengruppierung in Neuenburg Wir gratulieren!

Am 9. März 2005 haben die freisinnigen Frauen des Kantons Neuenburg eine eigene Frauengruppierung gegründet. Nach dem Wallis und der Waadt ist dies die dritte eigenständige FDP-Frauenvereinigung in der Westschweiz. Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich sehr über diese Verstärkung in der Romandie. Sie gratulieren der Gründungspräsidentin Fabienne Spichiger und wünschen dem konstituierten «Mouvement des femmes radicales neuchâtelaises» viel Erfolg.



Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer
beglaubigten Auflage von
71.160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Redaktion:
Nico Zila
Für die Kantonsseiten die
jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail
verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 07
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Die Geschichte von Monika und Christine

Überzeugtes Ja der FDP-Frauen Schweiz zum Partnerschaftsgesetz

Die FDP-Frauen Schweiz haben anlässlich der Generalversammlung einstimmig zum Partnerschaftsgesetz Ja gesagt. Nach einem bewegenden Referat von Lilian Schaufelberger, Präsidentin von Radigal, und einem engagierten Votum der Urner Nationalrätin Gabi Huber fassten die FDP-Frauen mit 89 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung die Ja-Parole. Die FDP-Frauen Schweiz führen zusammen mit der SP Schweiz die Kampagne «Ja zum Partnerschaftsgesetz». Die Vorlage kommt am 5. Juni vor das Volk.

Von Lilian Schaufelberger, Präsidentin von Radigal und Co-Präsidentin des Vereins «Ja zum Partnerschaftsgesetz», Zürich

«Man hat mich gebeten, Ihnen heute etwas über das Partnerschaftsgesetz zu erzählen.

- Ein Gesetz, dessen Entstehung in die 90er-Jahre zurückgeht.
- Ein Gesetz, das die Volksvertreter in beiden Kammern mit über zwei Dritteln Mehrheit für gut befanden.
- Ein Gesetz, das aus freisinniger, aus menschlicher und aus juristischer Sicht ein notwendiges und wichtiges Gesetz ist.

Doch ich möchte Ihnen jetzt nicht alle Argumente aufzählen oder die juristischen Details beleuchten. Ich möchte Ihnen viel lieber eine Geschichte erzählen, die Geschichte von Monika und Christine.

Menschliche Seite einer juristischen Vorlage

Als sich Christine in Monika verliebte, gingen in Amerika gerade die ersten Lesben und Schwulen für

ihre Rechte auf die Strasse. Monika war hell begeistert von der Courage und dem Engagement dieser Leute, und sie wollte unbedingt, dass auch in der Schweiz Lesben und Schwule für ihre Rechte auf die Strasse gehen. Für Christine war Monika eine mutige Kämpferin.

Die beiden waren zehn Jahre zusammen, als sie gemeinsam ein kleines Haus auf dem Land kauften und Christine darin ihr eigenes Architekturbüro eröffnete. Gleichzeitig gründete Monika einen Verein für lesbische Frauen. Für Christine war Monika ihre grosse Liebe.

Lebenspartnerin als «Fremde»

Zu ihrem 30-Jahr-Jubiläum wollten Christine und Monika für drei Monate auf eine Weltreise. Zwei Wochen vor der Abreise erlitt Monika auf dem Weg zur Arbeit einen Hirnschlag und wurde bewusstlos auf die Intensivstation des nächsten Krankenhauses gebracht. Als Christine das erfuhr, eilte sie sofort zu ihrer Liebsten. Doch man liess sie nicht zu ihr. Denn rechtlich gesehen war Christine für Monika eine



Lilian Schaufelberger

Fremde. Sie galt nicht als «Angehörige». Drei Tage später starb Monika alleine in einem fremden Spital, während ihre Liebste auf dem Flur sass und wartete.

Verträge genügen nicht

Der Verlust ihrer Lebenspartnerin war aber nicht die einzige Tragödie, die Christine in diesen Tagen durchzustehen hatte. Zwar hatten die beiden mit Verträgen versucht, ihre Beziehung und ihr gemeinsames Haus abzusichern. Aber weil Christine auch nach 30 Jahren nicht als Verwandte galt, hatte sie keinen Anspruch auf den Pflichtteil. Und die Erbschaftssteuer auf den Teil, den Monika ihr vererben konnte, war so hoch, dass Christine das gemeinsame Haus verkaufen musste – das Haus, in dem sie über zwanzig Jahre gemeinsam gelebt hatten – das Haus, in dem Christine ihr Architekturbüro hatte – das Haus, das sie gemeinsam

liebvoll renoviert und ausgebaut hatten.

Alles, was sie in den 30 gemeinsamen Jahren erarbeitet hatten, war plötzlich weg. 30 Jahre Beziehung hatten plötzlich keinen Wert mehr. Nach 30 Jahren füreinander da sein, miteinander schöne und auch schwierige Zeiten durchstehen stand Christine vor dem Nichts. Anstatt in den eigenen vier Wänden um die Partnerin zu trauern, kämpfte Christine nun mit finanziellen Problemen und gierigen Verwandten, musste sich Sachen anhören wie: «Hast du noch die Quittung für diesen Tisch? Dieses Auto gehört dir nicht, es ist nicht auf dich zugelassen. Den Fernseher nehmen wir mit, der gehörte Monika. Kannst du beweisen, dass du dieses Bett gekauft hast?»

In Liebe und Verantwortung

Fünf Jahre nach dem Tod von Monika haben wir, das

Schweizer Stimmvolk, die Chance, mit einem Ja zum Partnerschaftsgesetz solche Tragödien künftig zu verhindern. Das Partnerschaftsgesetz anerkennt, dass alle Menschen das Bedürfnis und das Anrecht auf stabile und verlässliche Beziehungen haben. Es ermöglicht gleichgeschlechtlichen Paaren, ein gemeinsames Leben in Liebe und Verantwortung zu führen. Eingetragene Paare sind gegenseitig fürsorglich. Sie haben also füreinander zu sorgen, statt einfach zu warten, bis der Staat dies für sie tut.

Eigenständiges Rechtsinstitut

Eingetragene Paare werden im Steuerrecht gleich wie Ehepaare veranlagt und haben gegenseitigen Rentenanspruch, beziehen aber wie Ehepaare nur 150%, statt zweimal 100% Altersrente. Die Eintragung ist ein eigenständiges Rechtsinstitut und nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen. Die Adoption ist eingetragenen Paaren ausdrücklich verboten. Somit hebt sich die eingetragene Partnerschaft klar von der Ehe ab und lässt diese als Urzelle der Familie unangetastet. Das Partnerschaftsgesetz ist Ausdruck einer offenen, freiheitlichen und toleranten Gesellschaft. Das Partnerschaftsgesetz ist dringend notwendig. Ich bitte Sie, sagen Sie am 5. Juni Ja zum Partnerschaftsgesetz!»

jungfreisinnige schweiz (jfs) einstimmig für Partnerschaftsgesetz

Ein Schritt zu mehr Freiheit und Verantwortung

An der Delegiertenversammlung vom 12. März haben die jungfreisinnigen schweiz (jfs) einstimmig die Ja-Parole zum Partnerschaftsgesetz gefasst, welches am 5. Juni zur Abstimmung gelangen wird. Das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare ist ein neu geschaffenes, von der Ehe unabhängiges Rechtsinstitut, das Lesben und Schwulen ermöglicht, ihre Partnerschaft gegenüber dem Staat und Dritten wirksam anerkennen zu lassen.

Von Alain Thiébaud,
Kampagnenchef der jfs
für das Partnerschafts-
gesetz, Wohlen AG



Alain Thiébaud

Zu diesem Entscheid geführt hat die urfreisinnige, freiheitliche Überzeugung, dass der Staat allen Bürgerinnen und Bürgern vielfältige und gleiche Rechte einräumen muss, damit wir alle unser Leben so gestalten können, wie wir dies persönlich für richtig halten. Diese Überzeugung beinhaltet auch, dass wir als Individuen Verantwortung übernehmen – für uns selbst, für andere und gegenüber dem Staat.

Bisher ungenügende Möglichkeiten

Die Schweizer Rechtsordnung bot Schwulen und Lesben bisher völlig un-

genügende Möglichkeiten, sich gegenseitig Verantwortung zuzusichern. Offensichtlichen Benachteiligungen (beispielsweise im Erbrecht) ist privatrechtlich unmöglich beizukommen. Ein Ja zum Partnerschaftsgesetz ist also ein klares Bekenntnis zur Rechtsgleichheit, zu Akzeptanz und Toleranz und gegen die Diskriminierung von Les-

ben und Schwulen: einer Minderheit, die ihre Aufgaben in Gesellschaft, Staat und Partnerschaft Ernst nimmt und nun dafür kämpft, diese besser wahrnehmen zu können.

Keine Auswirkungen auf Ehe, Adoption und Fortpflanzungsmedizin

Darauf ist das Gesetz auch ausgelegt: Unterhalts- und Beistandsregelungen, gemeinsame Wohnung, ge-

meinsame Veranlagung im Hinblick auf Steuern und AHV (Entlastung des Staates). Das Familienrecht und das Familienbild im traditionellen Sinn bleibt unangetastet. Das Partnerschaftsgesetz hat keinerlei Auswirkungen auf die Ehe, Adoption und Fortpflanzungsmedizin bleiben für gleichgeschlechtliche Paare ausgeschlossen. Die Jungfreisinnigen sind der Ansicht, dass die Vor-

lage für die Minderheit von Lesben und Schwulen grosse Fortschritte mit sich bringt, ohne andere zu belasten – daher das klare Ja.

Im Abstimmungskampf beteiligen sich die Jungfreisinnigen zusammen mit der Mutterpartei, den FDP-Frauen und Radikal am freisinnigen Flyer und werden in verschiedenen Kantonen Standaktionen durchführen. ■

NRG-Day der jungfreisinnigen schweiz in Leibstadt

Am 12. März fand im Kernkraftwerk Leibstadt (AG) der Energie-Tag der jungfreisinnigen schweiz statt. Ziel war es, Einsichten im Hinblick auf das am Kongress 2005 zu behandelnde Positionspapier «Energiepolitik» zu gewinnen.

Von Julia Suter, Mitglied
JFDP Aargau, Lengnau AG



Julia Suter

Am Vormittag begrüsst drei Mitarbeiter des Kernkraftwerkes Leibstadt die gegen 30 Interessierten im Besucherzentrum des KKW. Nach einem kurzen Film zum Einstieg teilte man sich in drei Gruppen auf und begann entweder mit der Besichtigung des Areal, liess sich die im

Besucherzentrum aufgestellten Modelle zur Funktion des Kernkraftwerkes erklären oder fuhr in einem Lift unglaubliche 600 m simulierte Stockwerke tief in die Erde und sah sich das Projekt von einem Endlager für hochradioaktive Stoffe an. Den imposanten Kühlturm des Kernkraftwerkes durften sich die Jungfrei-

sinnigen ebenfalls anschauen. Nicht nur die strengen Sicherheitsvorkehrungen, sowohl für Besucher als auch Mitarbeiter, sondern vor allem die drei hervorragenden Referenten Niklaus Zepf (Axpo Holding AG), Dr. Manfred Thumann (NOK Kernenergie) und ein Experte der NAGRA zu den Themen «Der schweizerische Strommarkt und Entwicklungstendenzen», «Bedeutung der Wasserkraft und Kernkraft» und «Lagerung radioaktiver Abfälle» am Nachmittag überzeugten die Jungfreisinnigen: Die moderne Kernkraft ist sicher, umweltverträglich, wirtschaftlich und zukunftsfähig. ■

Erfolg und Niederlage

«Der einzige Weg, nie auf die Schnauze zu fallen,
ist, ständig auf dem Bauch zu kriechen.»

(Heinz Riesenhuber, Bundesminister a. D. (geb. 1935))

jungfreisinnige schweiz (jfs) gehen für Schengen/Dublin auf die Strasse

Die jfs werden am Samstag, 16. April, zusammen mit ihren Kantonalparteien in Basel, Bern, Chur, Freiburg, Genf, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich eigene Flyer für ein Ja zum Vertragswerk von Schengen/Dublin verteilen. Am

Mittwoch, 20. April, werden sie vor den Universitäten und Hochschulen in den genannten Städten gezielt die Studierenden zu erreichen versuchen. Auf der Vorderseite des Flyers steht der provokative Spruch «Lieber Herr

Mörgeli, mehr Sicherheit und weniger Asylmissbrauch gibt's nur mit einem JA zu Schengen/Dublin!». Auf der Rückseite stehen sieben Gründe für die Annahme der Vorlage. Die innere Sicherheit und die Asylpolitik waren be-

reits Kernthemen des erfolgreichen Nationalratswahlkampfes der jfs. In der Europapolitik setzten die Jungfreisinnigen auch in der Vergangenheit konsequent auf den bilateralen Weg. Sie sind sich bewusst, wie wichtig dieser

Urnengang für die Zukunftschancen ihrer Generation ist, denn die innere Sicherheit stellte schon immer einen der zentralen Standortfaktoren der Schweiz dar und muss dies auch in Zukunft tun. ■

**“Lieber Herr Mörgeli,
weniger Kriminalität
und Asylmissbrauch
gibt's nur mit einem
JA zu Schengen-
Dublin!”**

JA am 5. Juni!

 **jungfreisinnige.ch**

Einladung

Rückkehr des Religiösen:

Herausforderung für die liberale Gesellschaft?



Samstag, 21. Mai 2005, 10.00 Uhr
Grand Casino Kursaal
Kornhausstrasse 3, Bern

Programm: Teil 1

- 10.00 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 10.30 Uhr Begrüssung und Einführung
Nationalrat und Tagungsleiter Jean-Paul Glasson
- 10.40–11.00 Uhr Wandel der Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften – Eine Bestandesaufnahme
Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher EDI
- 11.00–11.20 Uhr Die Wertegesellschaft in einem veränderten Umfeld
Pfarrer Thomas Wipf, Ratspräsident Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
- 11.20–12.20 Uhr Podiumsdiskussion: Hat Toleranz Grenzen?
- Podium
Leitung: Werner de Schepper, Chefredaktor «Blick»
 - Bundesrat Pascal Couchepin: Vorsteher EDI
 - Pfr. Thomas Wipf: Ratspräsident SEK
 - Regierungsrätin Sabine Pegoraro-Meier: Vorsteherin Justiz-, Polizei- und Militärdepartement BL
 - Dr. Roland Trauffer: Generalvikar Bistum Basel
 - Dr. Samuel M. Behloul: Lehrbeauftragter für Religionswissenschaft an der Universität Luzern
- ca. 12.30 Uhr Stehlunch

Programm: Teil 2

- 13.00–14.00 Uhr Workshops geleitet durch Parlamentarier/in und Experten
- Workshop 1** Religion und Individuum
 - Workshop 2** Religion und öffentliche Einrichtungen
 - Workshop 3** Rechtliche Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften
 - Workshop 4** Aufgaben von Kirchen und Religionsgemeinschaften
 - Workshop 5** Fundamentalismus in der Politik
 - Workshop 6** Religion und Wissenschaft
- 14.00–14.30 Uhr Präsentation der Diskussionen in den Workshops durch die jeweiligen Leitenden
- ca. 14.30 Uhr Ende der Fachtagung

FDPO PRDO PLRO
Freisinnig-Demokratische Partei Parti radical-démocratique Partito liberale-radicali

Tagungsort:

Grand Casino Kursaal, Kornhausstrasse 3, 3000 Bern 25

Öffentlicher Verkehr:

Tram Nr. 9 (Richtung Guisanplatz) ab Bahnhof bis Haltestelle Kursaal

Anmeldeschluss:
Freitag, 20. Mai 2005

Eintritt: Fr. 20.–

Mit freundlichen Grüßen

FDP Schweiz
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern

Kontakt:

Michel Fischer (fischer@fdp.ch; 031 320 35 35)
Daniel Lang (lang@fdp.ch; 031 320 35 35)

Hier trifft sich die Politik mit der Fliegerei

Schweizer Flugpionier	beginnt mit der Genesis	der Korb für amerikanische Bälle	nun unentbehrliches Schreibzeug	franz. Frauenname eine Erdumdeutung	liegt nahe bei Biel	CH-Markenbahn Unteroffizierschule	einst der Stolz der Schweizer Luftfahrt
Lufttransp. organisation alte Post für alles			der Basler Flughafen in Frankreich	saust europäisch in den Welt-raum	fliegt europäisch Einsteins Initialen	3	
		der grüne Edelstein			4	der Bogen in London bohrt sich in die Luft	
der Graf mit den fliegenden Zigarren	rein und unverfälscht	päpstlicher Hofstaat altes Transportmittel			Apostel oder Airport dänisch Hof u. Anwesen	Zusage im Grotto schmeckt nach Fisch	
			2	damit wird ange-schnallt			das alte Armeekorps
Neue Vogel-Mutter der Swiss		1			steckt im Morast CH-Luft-minister		
		Zahl im Piloten-englisch		Lamaver-wandte mit del ein Ruderboot	6		
Lob und Achtung englisch erfreut	oft späte Einsicht air base, Flugplatz			7 wo Golfbälle rollen sie fliesst zur Seine		kugeliges und eher stilles Flugobjekt	
	5	er ist der grösste Schweizer See	Bauteil von Geräten Flugsam-meilstrecke			British Railways klares Ja-wort am Po	
kurz zum Beispiel Helium für den Balkon		Austrian Airlines		singt in Wagners Lohengrin		10	
	Air India ganz kurz Vaters Mutter		schneller Europarat macht kleine Adelige	8 amerikan. Dramatiker in Holland einGenever			
				Titel für die Bundesräte politische Versager		12 was ziemlich selten ist	Garage für Doppel-decker
dabei ging dieSwissair buchstäbl. zu Boden	Tempelkir-che i. Paris riesige Un-ordnung	9				ist Fleisch im Tartar kleines Fragewort	
ungefähr od. Calcium Schweiz am Auto		Vorname für Könige oder einen Blödlar	das Tor in und nach England	buddhisti-sches Ziel aus Apfel gepresst	14		
	leer und verlassen Zinn als Stannum		Land mit königlicher Luftfahrt	Nebenfluss der Elbe die Vokale der Union		13	schüttelt auch gros-se Flug-zeuge
sie tum-meln sich im Weltall		11				kurzes Bun-desgesetz Bärenmar-ke am Auto	
				Schling-schlange an Damen-busen			
erste Heissluft-ballon-fahrer	man hats und hört oft doch nicht		er macht auch politi-sche Musik	15	grosses Wasser für Überflieger		

Ergänzen Sie Ihre Frühlingsgarderobe mit einigen stilvollen Artikeln aus unserem FDP-Shop!

1. bis 3. Preis

Je nach Gewinnerin oder Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte.

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 9. Mai 2005 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort sowie Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP «Freisinn»-Rätsel z. Hd. Nico Zila Postfach 6136 3001 Bern raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

Wichtige FDP-Termine

5. Juni

Eidgenössische Abstimmung

- Schengen/Dublin
- Partnerschaftsgesetz

25. Juni

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz und der LPS in Neuenburg

20. August

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Zürich

Who's who

Jon A. Fanzun



Wohnort: Zürich

Ausbildung: Politikwissenschaftler

Beruf: Politischer Sekretär im Generalsekretariat der FDP Schweiz seit 1. April 2005 (zuständig für Aussen-, Sicherheits-, Migrations- und Staatspolitik)

Zivilstand: Ledig

Hobbys: Sport, Reisen, Politik

Delegiertenversammlung von FDP und LPS am 25. Juni in Neuenburg

Die FDP Schweiz und die Liberale Partei der Schweiz (LPS) arbeiten seit über einem Jahr im Bundeshaus in einer gemeinsamen Fraktion zusammen. Die Kantonalparteien haben ebenfalls erste gute Beziehungen aufbauen können – von der Koordination im politischen Tagesgeschäft bis hin zu Listenverbindungen bei kantonalen Wahlen und gemeinsamen Fraktionen in kantonalen Parlamenten.

Am Samstag, 25. Juni 2005, wird nun an der gemeinsamen Delegiertenversammlung in den Räumlichkeiten der Univer-

sität Neuenburg die Zusammenarbeit auch auf der schweizerischen Parteebene auf eine solide Basis gestellt. Die Union der FDP und der Liberalen will die liberalen, fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz unter einem Dach vereinigen, um gegenüber linken und rechten Konservativen mehr Schlagkraft zu gewinnen.

Lesen Sie die Ausführungen unseres Parteipräsidenten Fulvio Pelli auf den Seiten 14 und 15 dieser Ausgabe und nehmen auch Sie an diesem denkwürdigen Anlass teil!

Preisrätsel weiterhin sehr beliebt



SELBSTVERANTWORTUNG lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 23. März. 251 Leserinnen und Leser liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Alexandra Thalhammer, Sekretärin bei der FDP Schweiz, die glücklichen Gewinner:

1. Preis

ein FDP-Portefeuille, eine FDP-Sicherheitsweste und ein Kilo FDP-Schoggi für die Reise in den Süden

Herr Robert Spiess, 9016 St. Gallen

2. Preis

eine FDP-Krawatte

Herr Fritz Meier, 8750 Glarus

3. Preis

eine FDP-Krawatte

Herr Hans Freitag, 7310 Bad Ragaz SG

Entschuldigung!

Der «Schweizer Freisinn» entschuldigt sich bei den Leserinnen und Lesern der Zeitung für das Zitat auf Seite 17 der letzten Ausgabe (23. März) und insbesondere für dessen Platzierung auf den Seiten der FDP-Frauen. Wir danken allen kritischen Leserinnen und Lesern, die sich deswegen bei uns gemeldet haben.

RUDI UND ICH
SIND JETZT
REGISTRIERTE PARTNER!

RESIGNIERTE PARTNER?
TRUDI UND ICH
AUCH!



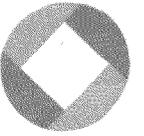
ATÖNS05

Karikatur Andreas Töns

JA

www.fdp.ch

**zum Partnerschaftsgesetz
am 5. Juni**

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei